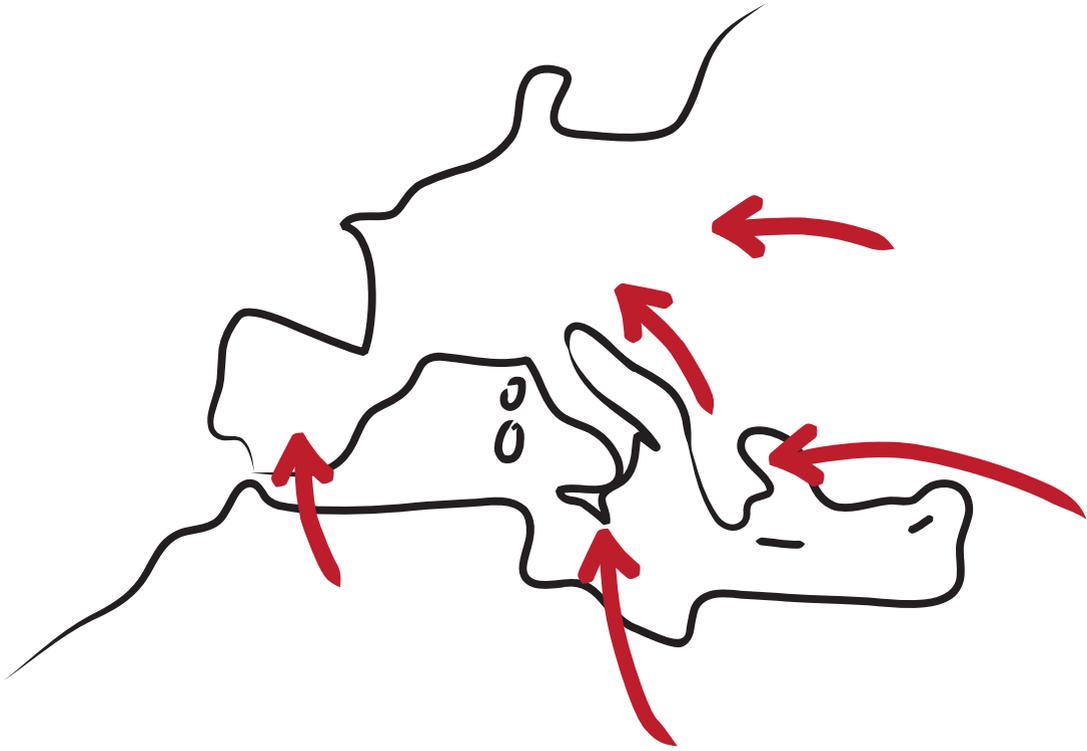


Migration und Rassismus

Politik der Menschenfeindlichkeit



Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie
und des AStA der Freien Universität Berlin
vom 3. bis 6. März 2016
mit Unterstützung und in den Räumen
der Rosa-Luxemburg Stiftung in Berlin

(Stand: 04.02.2016)

Der Ausgangspunkt

Wie nie zuvor steht das Thema unseres diesjährigen Kongresses im Brennpunkt der aktuellen politischen Debatten in Deutschland, Europa, ja weltweit. Als wir nach Ende unseres letzten Kongresses »Krieg um die Köpfe. Der Diskurs der Verantwortungsübernahme« im März 2015 beschlossen, für den nächsten Kongress das damit zusammenhängende Thema der Flucht aufzugreifen, konnten wir noch nicht ahnen, welch ungeheure politische und gesellschaftliche Brisanz es bekommen würde. Zwar zeichnete sich damals bereits ab, dass sich die sog. Flüchtlingskrise verschärfen würde, doch wurde das Ausmaß immer größer und wir konnten kaum mit den Entwicklungen mithalten, kamen kaum im Nachdenken hinterher und hätten am liebsten den call for papers laufend aktualisiert. So geht es uns immer noch, auch viele der überaus zahlreich eingegangenen abstracts der ReferentInnen wurden mit Blick auf die Ereignisse oft mehrmals »aktualisiert«. Jetzt steht das Programm für unseren diesjährigen Kongress »Migration und Rassismus. Politik der Menschfeindlichkeit«. Die Bilder von Strömen von Flüchtenden auf der ganzen Welt, von Kriegsaufmärschen, zerbombten Städten und

zerstörten ganzen Landstrichen wollen nicht enden. Wir sehen Bilder von überfüllten und sinkenden Booten auf dem Mittelmeer, Bilder vom Elend der Menschen an Grenzzäunen, von provisorischen Massenquartieren. Überall bei uns wird über ihr Schicksal debattiert. Die Menschen emigrieren oder müssen fliehen, aus politischen, ökonomischen Gründen, aus unerträglichen Zuständen, aus Angst vor Verhungern, Krieg, Vertreibung und Tod und aus Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben anderswo, außerhalb ihrer Heimat. Die Ursachen der Wanderungsbewegungen wurden nie angegangen. Zu sehr sind diese mit den kapitalistischen Interessen des Westens verknüpft: Mit dem Zugang zu Rohstoffen, den Interessen von Waffenlieferanten, Finanziers, Handelsbeziehungen, Unternehmensgründungen. Hauptursache dieses Flüchtlingselends – »worauf unsere Medien nahezu nicht zu sprechen kommen« (Albrecht Müller, Nachdenkseiten): »die vielen militärischen Interventionen und Versuche des Westens zum sogenannten Regime Change.« Die Geflüchteten und MigrantInnen scheiden in Deutschland nun die Geister. Einerseits bekommen rassistische Bewegungen neuen Auftrieb. Die Zahl gewalttätiger Aktionen gegen MigrantInnen und Geflüchtete ist erschreckend angestiegen. Hier entzündet sich das Feuer, das die intellektuellen Brandstifter in Deutschland seit Jahrzehnten bereits durch islamophobe Hetze gegen MigrantInnen gelegt haben. Andererseits ist mit der nun unübersehbaren Not der Geflüchteten die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr bereit, die menschenverachtende Antiflüchtlingspolitik zu tolerieren. Auch

Teile der etablierten Medien äußern sich verständnisvoller und vorsichtiger. Kommentatoren fordern ein Ende dieser Politik und mehr Hilfen für Geflüchtete – meist jedoch, ohne an den Grundlagen zu rütteln.

Sehr viele Geflüchtete, die hier ankommen, sind tief traumatisiert. Sie haben in ihren Ländern Entbehrungen, Krankheiten und Tod erlebt, auf dem oft sehr langen Fluchtweg haben sie Not und Ängste durchlitten, und sie erleben schließlich häufig erneute Traumatisierung in Deutschland. Sie brauchen Hilfen auf allen Ebenen, Wohnung, Arbeit, medizinische und psychologische Hilfe.

Es bedarf aber auch der Reflexion dessen, was geschieht und welchen Anteil wir an dem Elend der Geflüchteten haben und was wir für Möglichkeiten haben, gegen das Elend vorzugehen.

Unser Kongress gliedert sich – wie in den Jahren davor – in Plenumsveranstaltungen am Vormittag und parallele Panels an den Nachmittagen. Angesichts der Aktualität und Brisanz des Themas haben wir darüber hinaus die Vorstellung von Initiativen und Projekten mit Betroffenen am Freitagabend vorgesehen. Ein geselliger Abend mit Buffet und Kabarett am Samstagabend rundet unsere Tagung ab.

Wir freuen uns mit allen TeilnehmerInnen auf informative, anregende und aktive Kongresstage in Berlin.

Der Vorstand der NGfP und die weiteren OrganisatorInnen dieses Kongresses

Donnerstag Nachmittag

ab 13:30 Uhr im Foyer
Einschreibung zum Kongress

14:30 Uhr

Gemeinsame Arbeitsgruppe »Psychoanalyse und Gesellschaft« der NGfP und DGPT zum Thema des Kongresses

*Moderation: Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder
und Dr. Karsten Münch*

Mihaela Iclodean
Interkulturelles Theater und Psychoanalyse.

Dr. Dr. Jan Ponesicky
Emigration und Immigration. Bericht eines emigrierten Psychoanalytikers.

Michaela M. Müller und Cluse Krings
Das kleine Zimmer.

Donnerstag Abend

19:30 Uhr im Münzenberg-Saal
Begrüßung und Eröffnungsvortrag

Dr. Bahman Nirumand
Die Flüchtlinge und der Westen.

21:00 Uhr

Empfang der NGfP

Übersicht Donnerstag

Freitag Vormittag

8:30 im Foyer

Einschreibung zum Kongress

9:30 Uhr im Münzenberg-Saal

Moderation: *Dr. Christoph Bialluch*

Begrüßung

9:45 Uhr im Münzenberg-Saal

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder

Der Krieg trägt seine Früchte – zu uns.

Wir stellen erstaunt fest:

es sind Menschen.

11:00 Uhr im Münzenberg-Saal

Jürgen Voges

Vom Vereinigungsnationalismus bis zum

Ringeln um Willkommenskultur.

12:15 Uhr im Münzenberg-Saal

Ulla Jelpke

Kritik an der Flüchtlingspolitik der

Bundesregierung.

Freitag Nachmittag

Panel A

GEGENWÄRTIGER RASSISMUS

Moderation: *PD Dr. Josef Berghold*

14:30 Uhr

Bernd Nielsen

Kulturalismus als Konstitutivum des

neoliberalen und neokonservativen

Diskurses.

Freitag Nachmittag

Panel A (Forts.)

15:45 Uhr

Manfred Kalin

Der koloniale Nationalstaat als Geburts-

urkunde des Rassismus oder Warum

Kara Ben Nemsis keinen Reisepass

vorzeigen musste.

17:00 Uhr

Dr. Kien Nghi Ha

Integration als Ausschluss und Unter-

ordnung – Hält die versprochene

Willkommenskultur das, was sie

verspricht?

Panel B

WURZEL KOLONISIERUNG

Moderation: *Anna Vodegel*

14:30 Uhr

Eva König-Werner

Kolonialismus – im Kopf und in den

Beinen. Kindeskind kolonialer Unter-

tanen auf der Flucht nach Europa.

15:45 Uhr

Dr. Anton Perzy

Zu den Folgen von Kolonialisierung

fürs Innenleben. Anmerkungen zu den

psychologischen Mechanismen.

17:00 Uhr

Dr. Renate Haas

»Abspaltungen« als Blockaden in der

interkulturellen Kommunikation – Ein

Versuch, Traumata als kulturell-

historische Befunde zu begreifen.

Freitag Nachmittag

Panel C

FORMEN DER DISKRIMINIERUNG

Moderation: Daniel Jakubowski

14:30 Uhr

Milena Schmitz und Prof. Dr. Annett Schulze
Irreguläre Migration in der deutschen
Berichterstattung.

15:45 Uhr

Julia Stegmann
Rechte Gewalt im deutschen Kino.

17:00 Uhr

Dr. Franc Wagner
Migration und Diskriminierung.
Zur politischen Funktion sprachlicher
Diskriminierung.

Panel D

TRAUMATISIERTEN HELFEN

Moderation: Ilse Schütte-Kronauer

14:30 Uhr

Gesa Köberling
Individuelle Bewältigung rassistischer
Gewalt und gesellschaftliche
Bedingungen.

15:45 Uhr

Dr. Uwe Langendorf
To Turn A Blind Eye.
Über die Unbegreiflichkeit der
traumatischen Migration.

Freitag Nachmittag

Panel D (Forts.)

17:00 Uhr

PD Dr. Christoph Seidler
»Vom Asyl«: Das Asylrecht in
Deutschland für Menschen auf der Welt
in Bedrängnis.

Freitag Abend

18:15 Uhr

Vorstellung des Journal für Psychologie

19:00 Uhr

Moderation: Dr. Zülfukar Cetin
Beratungsansätze und -prinzipien bei der
Unterstützung Betroffener rassistischer
Diskriminierung.

Mit:

- Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin
- ReachOut
- LesMigraS

Übersicht Freitag

Samstag Vormittag

ab 08:30 Uhr im Foyer
Einschreibung zum Kongress

9:30 Uhr im Münzenberg-Saal
Moderation: Jürgen Voges
Begrüßung

9:45 Uhr im Münzenberg-Saal
Stefan Broczka
Die Auslagerung des EU-Grenzregimes.

11:00 Uhr im Münzenberg-Saal
Dr. Frank Reuter
Paradigma des Fremden:
Die fotografische Konstruktion des
»Zigeuners« in historischer Perspektive.

12:15 Uhr im Münzenberg-Saal
Prof. Dr. Elisabeth Rohr
Kinder auf der Flucht –
Die Traumatisierung einer Generation.

Samstag Nachmittag

Panel E

FLUCHTHINTERGRÜNDE

Moderation: Ophelia Solti

14:30 Uhr

PD Dr. Josef Berghold
Fremdenfeindlichkeit und Verleugnung
der Klimakatastrophe als Ausdruck einer
»perversen Kultur«.

15:45 Uhr

Dr. Kurt Gritsch
Krieg als Migrationsgrund: Libyen, Syrien
und die Folgen.

Samstag Nachmittag

Panel E (Forts.)

17:00 Uhr

Franz Witsch
Erzeugt der Kapitalismus das Flüchtlings-
problem?

Panel F

SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Moderation: Jessica Wabiszczewicz

14:30 Uhr

Dr. Timo K. Werkhofer
Migration gegen den Staat.
»Sanctuary Cities«, »Sans Papiers«,
»Kein Mensch ist illegal/No One is
illegal« und »No Borders!« als trans-
nationale Bewegungen.

15:45 Uhr

Dr. Noa Ha
Migration und Rassismus in der neoliberalen
Stadt – ein Recht auf Stadt?

17:00 Uhr

Prof. Dr. Raina Zimmering
Lateinamerikanische Migration: Ursachen
und Auswirkungen.

Samstag Nachmittag

Panel G

PREKÄRES ANKOMMEN

Moderation: Dr. Almuth Bruder-Bezzel

14:30 Uhr

Maximiliane Brandmaier
Handlungsmacht im ohnmächtigen Raum?
Handlungsfähigkeit unter Bedingungen
sozialer und rechtlicher Exklusion im
Kontext der »Sammelunterbringung«
Geflüchteter und Asylsuchender in
Österreich.

15:45 Uhr

Annekatriin Kühn
Rechtliche Aufenthaltsregulierungen –
Eine Qualitative Untersuchung zur
Lebenslage von Personen mit befristetem
Aufenthalt.

17:00 Uhr

Monique Kaulertz
Bedingungen des Erzählens und Möglich-
keiten der Kommunikation – Was
bedeutet »Anerkennung« geflüchteter
Menschen in zwischenmenschlichen
Begegnungen?

Samstag Nachmittag

Panel H

REFLEXION – PRAXIS

Moderation: Bernd Leuterer

14:30 Uhr

Dr. Boris Friele
Zwischen Kompensation politischen
Versagens und humanitär-menschen-
rechtlicher Unterstützung

15:45 Uhr

Dr. Christian Dewanger
Psychologische Determinanten kapitalis-
tischer Ausbeutung.

17:00 Uhr

Dr. Christoph Bialluch
Gegenverkehr?
Fliehen vor und Ziehen in den Krieg.

Samstag Abend

18:15 Uhr

Abschlussplenum

ab 19:00 Uhr

Geselliger Abend mit Buffet und
Kabarett von Reiner Kröhnert

Sonntag Morgen

10:00 Uhr

Mitgliederversammlung der NGfP

Übersicht Samstag/Sonntag

Abstracts in alphabetischer Reihenfolge

Josef Berghold

Fremdenfeindlichkeit und Verleugnung der Klimakatastrophe als Ausdruck einer »perversen Kultur«.

In der vielerorts eskalierenden Feindseligkeit gegen Flucht- und Migrationsbewegungen kommt der tief in unserer Geschichte wurzelnde Rassismus aktuell wohl am markantesten zum Ausdruck (während zahlreiche Willkommensbekundungen für Flüchtlinge immerhin Anlass zu – sehr – vorsichtiger Hoffnung geben, dass wir über unser rassistisches Erbe vielleicht doch hinauswachsen könnten). Einer der maßgeblichsten Hintergründe der Fluchtbewegungen besteht bereits heute in der sich verschärfenden Klimakatastrophe, die in Zukunft die Fluchtgründe von Krieg und politischer Verfolgung zunehmend in den Schatten stellen dürfte (aber indirekt auch zu einer weiteren Verstärkung dieser Fluchtgründe beitragen muss). Ähnlich wie die Klimakatastrophe entscheidend durch massive Widerstände mit-*ver*ursacht wird, ihre Realität ausreichend anzuerkennen, werden

auch rassistische Einstellungen – wie jene, die sich auf das Hassobjekt der Fluchtbewegungen konzentrieren – von einer charakteristischen Korruption des Denkens getragen, bei der Realität gleichzeitig wahrgenommen und verleugnet wird. Wie dies etwa Theodor Adorno am Beispiel der faschistischen Gefolgschaft beschrieb: »So wenig wie die Menschen im Innersten wirklich glauben, dass die Juden der Teufel sind, glauben sie ganz an den Führer. Sie identifizieren sich nicht mit ihm, sondern agieren diese Identifizierung, schauspielern ihre eigene Begeisterung und nehmen so an der ›Show‹ ihres Führers teil.« Es dürfte vor allem dieses Durchschauen des eigenen So-tun-als-ob sein, das »faschistische Massen so erbarmungslos und unansprechbar macht; denn hielten sie nur für eine Sekunde um der Vernunft willen inne, müsste die ganze ›Show‹ zusammenbrechen, und sie wären der Panik überlassen.«

Im Hinblick auf die aktuelle Klimakatastrophe beschreibt der Psychoanalytiker Paul Hoggett eine vergleichbare Grundhaltung, die der tieferen Logik von Perversionen entspricht (unter ihren sexuellen wie auch emotionalen und kognitiven Aspekten): Realistische Zusammenhänge werden dabei zwar zugelassen – ihre emotionalen Bedeutungen aber mit virtuosen Taschenspielertricks abgewehrt. Statt durch das Bild eines »Polizisten im Kopf« könnten die entsprechenden Abwehrstrukturen eher durch das eines »Zuhälters im Kopf« veranschaulicht werden, der in der »perversen Kultur« des spekulativen Casino-Kapitalismus äußere Bestätigung und Einbettung findet. In meinem Vortrag möchte ich der so verstandenen Perversion als gemeinsamer Wurzel von

Fremdenfeindlichkeit und Verleugnung der Klimakatastrophe nachspüren.

Josef Berghold, PD Dr., Sozialpsychologe. Lehrtätigkeit (in neuerer Zeit) an den Universitäten Klagenfurt, Innsbruck und Bozen. Arbeitsschwerpunkte: Feindbilder/Vorurteile, interkulturelle Entwicklung, globale Gesellschaft, ökologische Nachhaltigkeit, Wurzeln von Solidarität und Sozialdarwinismus, Deutungen des Unbewussten auf öffentlicher Ebene. Derzeit: Buchprojekt »Plädoyer für eine gesellschaftliche Entschleunigung« (Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Inst. f. Allgemeinmedizin). Buchpublikationen: u.a. Feindbilder und Verständigung (3. Aufl. 2007), *Vicini lontani* (2003).

Christoph Bialluch

Gegenverkehr? – Fliehen vor und Ziehen in den Krieg.

Ströme von Kapital, Geld, Öl, Waffen und Soldaten fließen – jetzt beschleunigt durch die Kriege – ineinander und lösen Bewegungen von Menschen aus, große Distanzen zu überwinden, um an andere Orte zu kommen.

Die Schizophrenie: Eine Million Menschen flüchten aus Syrien und anderen Ländern vor dem Krieg nach Deutschland, 780 (Stand Ende 2015) Menschen reisen aus Deutschland nach Syrien aus, um für den Islamischen Staat zu kämpfen. Während früher die Politik eher darauf aus war, jeden Willigen ausreisen zu lassen, in der Hoffnung die »Probleme« loszuwerden, gilt jetzt die Sicherheitsdoktrin, Ausreisen in den

IS möglichst zu verhindern. Zumindest ein Teil der »Probleme« wird also hierbleiben.

Obwohl geografisch und was die vermeintlich politische Verfasstheit der deutschen Gesellschaft angeht weit vom Islamischen Staat entfernt, findet sich ein ideologisch-religiöses Echo bei in Deutschland lebenden jungen Männern und Frauen. Sie setzen sich damit auseinander, ihr scheinbar sicheres Leben hier aufzugeben und für den IS – in welcher Form auch immer – zu kämpfen. Die Sicherheit, die der IS geben zu können vorgibt – einen Platz, eine Aufgabe im Staat, ein Einkommen, einen Ehemann bzw. Ehefrauen, auf der Seite der guten Gläubigen zu stehen, deutliche Urteile darüber, was richtig und falsch ist – hat für manche eine ungeheure Attraktivität, die geradezu anti-aufklärerisch erscheint und so wenig zum Bild eines demokratisch fortschrittlichen Deutschlands passt, das viele von uns und auch manche Geflüchtete gerne sehen möchten. Hinzu tritt noch die Möglichkeit für diese jungen Menschen verspürte – womöglich diffuse – Aggressionen gegen sich, gegen ihre Eltern und ihre Gesellschaft ideologisch gerechtfertigt kanalisieren zu können, ihnen sogar einen Sinn zu verleihen. Das Erschreckende daran könnte sein, dass es möglicherweise einen Versuch darstellt, mit dem nicht verstandenen eigenen Leid, aber auch dem in der Gesellschaft herrschenden Leid umzugehen, nämlich es zu bekämpfen. Auf individueller Ebene geht es darum, Leidensfähigkeit und Empathie wiederherzustellen, auf der gesellschaftlichen Ebene um eine »leidempfindliche Politik«, wie sie Jürgen Manemann (2015) an Judith Shklar entlang diskutiert. Sie befähigt, sich in den Anderen hineinzu-

versetzen, sein Leid anzuerkennen und sich um Gerechtigkeit zu bemühen. Hier und in fremden Ländern.

Christoph Bialluch, Dr. phil. Dipl.-Psych., erfüllt Lehraufträge an Universitäten, Hoch-, Fach- und Berufsschulen, wo er Psychologie von der Altenpflege über Heil- und Sozialpädagogik bis hin zur Theaterdramaturgie unterrichtet. Sein wissenschaftliches Interesse gilt der Theorie und Geschichte der Psychologie, vor allem der Psychoanalyse und ihrer gesellschaftlichen Bezüge. Er ist zweiter Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) und beteiligt sich am Aufbau des Diagnostisch-therapeutischen Netzwerks Extremismus (www.dne-deutschland.de)

Maximiliane Brandmaier

Handlungsmacht im ohnmächtigen Raum? Handlungsfähigkeit unter Bedingungen sozialer und rechtlicher Exklusion im Kontext der »Sammelunterbringung« Geflüchteter und Asylsuchender in Österreich.

Die Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden in Sammelunterkünften oder Lagern ist in Österreich, ebenso wie in Deutschland, vom Gesetzgeber vorgesehen. Das Leben dort ist von Fremdbestimmung, fehlender Privatosphäre und Enge geprägt, die Bewohner_innen befinden sich oft jahrelang in einem Zustand rechtlicher und sozialer Exklusion. Studien weisen darauf hin, dass eine dauerhafte Unterbringung in solchen Unterkünften und

die damit einhergehende Beschränkung von Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung permanente Stressoren darstellen und negative Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit haben.

Um psychosozialen Problemlagen und auch der Entstehung psychischer Störungen entgegenzuwirken, stellt sich einerseits die Frage danach, welche gesellschaftlichen und rechtlichen Umstände Handlungsmöglichkeiten und Selbstbestimmung beschränken. Andererseits ist eine zentrale Frage wie Handlungsfähigkeit in der alltäglichen Lebensführung erlebt und potenziell erweitert wird, z.B. durch Erfahrungen von Anerkennung und (psycho-)sozialer Unterstützung. Welche Möglichkeiten der Erweiterung ihrer Handlungsfähigkeit sehen Bewohner_innen von Sammelunterkünften innerhalb ihres von Restriktionen geprägten Alltags? Inwieweit hängt dies vom Grad ihrer räumlichen Isolation sowie dem Zugang zu sozialer und professioneller Unterstützung ab? Wie unterstützen Betreuer_innen, Psychotherapeut_innen oder Sozialarbeiter_innen, Aktivist_innen oder Ehrenamtliche sie bei der Bewältigung alltäglicher Herausforderungen? Birgt die Unterbringung in Sammelunterkünften eine inhärente Beschränkung von Handlungsfähigkeit, so dass Versuche ihrer Erweiterung schnell an ihre Grenzen stoßen müssen oder gar mit Repression beantwortet werden? Diesen Fragen geht eine qualitative sozialpsychologische Studie in Tirol, Wien und Kärnten nach. Im Zentrum der problemzentrierten Interviews mit Asylsuchenden und Geflüchteten stehen Handlungsmöglichkeiten in der alltäglichen Lebensführung sowie die wahrge-

nommene soziale und professionelle psychosoziale Unterstützung. Subjektive Perspektiven und Erfahrungen liefern Hinweise darauf, wie Prozesse der Erweiterung von Handlungsfähigkeit in der alltäglichen Lebensführung unterstützt werden können. Ergänzt wird die Studie durch Expert_innen-Interviews mit Betreuer_innen, Sozialarbeiter_innen, Psychotherapeut_innen und anderen Unterstützer_innen. Das Ziel ist unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Machtverhältnisse ressourcenorientierte, praxisnahe Schlüsse zur Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten von Geflüchteten und Asylsuchenden zu entwickeln. In dem Beitrag werden erste Ergebnisse der Forschungsarbeit vorgestellt und diskutiert.

Maximiliane Brandmaier, Dipl.-Psych., aktuell Promotion an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt in Sozialpsychologie (Arbeitstitel s. oben). Sie befindet sich in Weiterbildung zur Systemischen Therapeutin und ist im Flüchtlingsrat Wiesbaden aktiv.

Stefan Brocza

Die Auslagerung des EU-Grenzregimes.

Innerhalb von wenigen Jahren hat die EU ein komplexes System von Mechanismen und Instrumentarien geschaffen, um ihre Anliegen und Interessen im Bereich der inneren Sicherheit gekonnt und konsequent zu externalisieren. Outsourcing und Offshoring dominieren eine zunehmend repressive Grenz- und Migrationspolitik.

Ähnlich einem mittelalterlichen Burgherrn errichtet die Europäische Union in ihrem Vorfeld eine Art Cordon sanitaire – einen vorgelagerten Sicherheitsgürtel jenseits der EU Außen Grenzen, der eine besondere Art der Zusammenarbeit mit Drittländern etabliert.

Im Kern geht es dabei darum, nichteuropäischen Ländern die Hauptlast bei der Überwachung der EU-Außengrenzen aufzubürden – etwa im Rahmen von ebenso undurchsichtigen wie asymmetrischen Vereinbarungen. Kontrollen und Zurückweisungen finden demnach nicht nur auf dem Territorium der EU-Mitgliedsstaaten, sondern durch diese Kooperationen auch schon auf Territorien von Drittstaaten statt. Mit dieser Verschiebung der Grenzkontrollen und weiteren Maßnahmen der Abschottung gegenüber unerwünschten Personengruppen auf die Territorien von Drittstaaten vermeidet die EU Menschenrechtsverletzungen auf eigenem Boden. Dieses Überwälzen von Problemlösungen wird sukzessive auf weitere »sicherheitsrelevante« bzw. »sensible« Politikbereiche ausgeweitet. Im Wesentlichen besteht diese »Externalisierung« in einem flexiblen Abwehrmechanismus, der auf immer weiter von den EU-Grenzen entfernte Gebiete ausgedehnt wird. Zentrale Elemente dieses Konzepts sind einerseits die Auslagerung von Aufgaben (etwa der Grenzkontrollen), andererseits die Etablierung gewollter einschlägiger Rechts- und Verwaltungsstrukturen in den betreffenden Ländern. Zentrales Element in diesem Prozess der Externalisierung ist das so genannte »Lagerkonzept«: »Lager«, »Internierungslager«, »detention centers« oder

»Auffanglager« sind eine immer häufiger genutzte Maßnahme, um internationale Migranten vor der Einreise in die EU zu hindern oder zurückgeschobene Migranten in diesen zu internieren. So verwundert es keineswegs, dass als Antwort auf die aktuelle Flüchtlings-tragödie fast reflexartig die Einrichtung von Lagern (möglichst weit im Vorfeld der eigentlichen EU-Außengrenzen) gefordert wird. Deutschland und Österreich sind übrigens vehemente Verfechter dieses Konzepts. Als Konsequenz dieser Politik ver-wischen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend. Gleichzeitig wächst die Bedeutung der externen Dimension interner Sicherheit. Der Externalisierungsansatz wird dabei zu einem allgemein einsetzbaren und flexiblen Abwehrmechanismus, der auf immer weiter entfernte Gebiete ausgedehnt wird. Im Rahmen dieser Entwicklung verwandelt sich schluss-endlich die bisher als wohlwollender Hegemon agierende Führungsmacht EU zunehmend zu einem ziel- und zwecko-rientiert agierenden imperialen Akteur. Nächster »logischer« Schritt: Gezielte räumliche (und zeitliche) Interventionen in Nachbarstaaten.

Stefan Brocza, Experte für Europa-recht und Internationale Beziehungen, ist Herausgeber des Buches »Die Auslagerung des EU-Grenzregimes« (Promedia, 2015).

Klaus-Jürgen Bruder

Der Krieg trägt seine Früchte – zu uns. Wir stellen erstaunt fest: es sind Menschen.

Paradigmatisch: Merkel im Dialog mit Jugendlichen in Rostock, 15. Juli 2015, über »Gut leben in Deutschland«. Ein palästinensisches Mädchen stellt seine Situation dar: es möchte Abitur machen und studieren. Und wünscht sich, in Deutschland bleiben zu können. Die Kanzlerin lobt das Mädchen und vergisst gleichzeitig nicht ihre staats-fräuliche Rolle, indem sie das Mädchen zugleich bescheidet: »wir können aber nicht alle aufnehmen, die zu uns kommen wollen«.

Aus dem Tritt kommt sie auch nicht, als das Mädchen enttäuscht zu weinen beginnt. Die Kanzlerin versucht sie zu trösten: »Das hast Du gut gemacht.« Nicht gut für die Sympathiewerte der Kanzlerin: Die fallen ins Bodenlose. Die Bevölkerung nimmt die Sache in die eigenen Hände und heißt die Flücht-linge, die gegen den Willen der Politik scharenweise in Deutschland ankommen, willkommen.

Die Kanzlerin ergreift die flatternden Zügel in einer Kavaliersschleife und erklärt die Grenzen für geöffnet.

Gleichzeitig trommeln die Medien als Chor der griechischen Tragödie: »Die Stimmung wird kippen! Oh weh, wenn die Stimmung kippt!«

Unterdessen werden im Hintergrund alle Vorbereitungen getroffen, die Grenzen wieder zu schließen, den Kreis der »sicheren Herkunftsländer«, aus denen niemand mehr Asyl erhalten kann, bis einschließlich der Türkei zu erweitern. Hat die Bevölkerung sich damit die Sache

wieder aus der Hand nehmen lassen?

Klaus-Jürgen Bruder, Prof. Dr. phil. habil., ist Psychoanalytiker, Professor für Psychologie an der Freien Universität Berlin und erster Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP). Wichtigste Veröffentlichungen: *Subjektivität und Postmoderne. Der Diskurs der Psychologie* (1993); *Jugend. Psychologie einer Kultur* (mit Almuth Bruder-Bezzel) (1984); *Psychologie ohne Bewußtsein. Die Geburt der behavioristischen Sozialtechnologie.* (1982); *Lüge und Selbsttäuschung* (mit Friedrich Vosskühler) (2009).

Züfukar Cetin (Moderation)

Panel: Beratungsansätze und -prinzipien bei der Unterstützung Betroffener rassistischer Diskriminierung.

Was ist eigentlich rassistische Diskriminierung und wie sind Erscheinungsformen der rassistischen Diskriminierung in den urbanen Räumen? Entlang dieser Fragen werden in einem Panel Vertreter_innen unterschiedlicher Berliner Beratungsstellen, ADNB des TBB, Reach out e.V. und LesMigras über ihre Arbeit erzählen. Es wird deutlich gemacht, dass im Vergleich zu ländlichen Bereichen spezifische Formen der institutionalisierten und alltäglichen Diskriminierungen zu beobachten sind. Die Betroffenen der Diskriminierungen suchen häufig Unterstützung bei den Beratungsstellen, um sich gegen rassistische Diskriminierung wehren zu können. In diesem Zusammenhang werden die

Vertreter_innen der Beratungsstellen nach ihrem Beratungsansatz und ihren Beratungsprinzipien gefragt.

Panelistin I: Jennifer Petzen, Lesbenberatung e.V.

Panelistin II: Eva Maria Andreades, ADNB des TBB.

Panelistin III: Sanchita Basu (oder N.N.)

Kurze Darstellung der Beratungsstellen:

Das **Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin** ist ein Projekt des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg e.V. (TBB) und wurde 2003 gegründet. Das ADNB des TBB wird durch die Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (LADS) im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus des Senats von Berlin gefördert. Zu den Zielen und Aufgaben des Projekts gehören:

- die Beratung und Unterstützung primär von Menschen mit Migrationsgeschichte, People of Color, Schwarzen Menschen und Muslimen, die rassistische und/oder weitere Diskriminierungserfahrungen in Berlin machen
- Empowerment von Menschen, die Rassismuserfahrungen machen
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit über Diskriminierung und gesellschaftliche Machtverhältnisse
- die Förderung von Antidiskriminierungskultur auf lokaler und bundesweiter Ebene

ReachOut ist eine Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin.

- Sie unterstützen und beraten auch Angehörige, Freunde und Freundinnen der

- Opfer und Zeuginnen eines Angriffs.
- Die Situation und die Perspektive der Opfer rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt stehen im Zentrum der Arbeit.
- ReachOut bietet antirassistische, interkulturelle Bildungsprogramme an.
- ReachOut recherchiert rechtsextreme, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik.

LesMigraS stand ursprünglich (1998-2007) als Abkürzung für lesbische und bisexuelle Migrant_innen, Schwarze Lesben und Trans*. In diesem Zeitraum hat LesMigraS sich hauptsächlich gegen Mehrfachdiskriminierung bzw. für Selbstermächtigung und Vernetzung lesbischer und bisexueller Migrant_innen und von Schwarzen lesbischen und bisexuellen Frauen engagiert. Für die Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung von lesbischen und bisexuellen Frauen allgemein war während dieser Zeit ein anderer Arbeitsbereich der Lesbenberatung, AGA – Antigewaltarbeitsbereich, zuständig. Seit 2008 ist LesMigraS zuständig für den Antidiskriminierungs- und Antigewaltarbeitsbereich der Lesbenberatung Berlin e.V.

Christian Dewanger

Psychologische Determinanten kapitalistischer Ausbeutung.

Der Vortrag unterzieht drei Rollen im System kapitalistischer Ausbeutung einer (identitäts-)psychologischen Betrachtung: der Ausgebeutete, der Ausbeuter und der systemsteuernde Politiker. Die

Analyse des Zusammenspiels dieser drei Positionen im deutschen Wirtschaftssystem liefert Hinweise auf Antriebskräfte, Verdrängungsmechanismen usw., die letztlich das Prinzip kapitalistischer Ausbeutung erhalten und anderen Kulturen aufdrängen.

Nicht ohne auch psychologische Strömungen im Hinblick auf ihre ausbeutungssystemerhaltenden Funktion einer Kritik zu unterziehen, werden im Vortrag volkswirtschaftliche Betrachtungen mit psychologischen Perspektiven verknüpft. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welcher Gestalt Selbstkonzept, Selbstwertgefühl und Kontrollüberzeugungen als Generalisierungen über die eigene Person und Umwelt sein müssen, um Ausbeutung in einer der drei oben genannten Rollen zu tolerieren, zu betreiben oder zu fördern. Davon ausgehend kann dann ein Weg skizziert werden, der das Individuum aus seiner Position innerhalb der kapitalistischen Ausbeutung befreien könnte.

Ein Kerndiskussionspunkt hierbei wird die Positionierung des Individuums an sich darstellen: Ist es frei nach Marx ein bloßes Produkt der Gesellschaft oder im Sinne humanistischer Psychologie frei, autonom, kreativ und schöpferisch? Entspringt die Ausbeutung seiner inneren Natur, dem Umweltsystem oder einer existentiellen Entfremdung?

Aber auch ganz grundlegende Fragen müssen aus psychologischer Perspektive erörtert werden: Ist Ausbeutung ein objektives – ökonomisch erfassbares und beschreibbares – Phänomen oder nur als psychisches Erleben vorhanden? Frei nach dem Sinne: ausgebeutet wird nur, wer sich ausgebeutet fühlt?

Im Kern aber soll der Vortrag darstellen, wie aus der psychischen Interaktion, die

das Ausbeutungssystem ermöglicht und befördert, zugleich die Grundlagen für rassistische Einstellungen und Fremdenfeindlichkeit hervorgehen.

*Christian Dewanger, Dr., LfBA Europau-
niversität Flensburg, Institut für Erzie-
hungswissenschaften – Abteilung
Psychologie, *1974, verheiratet, zwei
Kinder, 2003 Diplom in Erziehungs-
wissenschaften, 2008 Promotion im
Fach Psychologie, Lehrer für Taijiquan
und Qigong, Ratsherr der Stadt
Flensburg für die Wählergemeinschaft
Wir-in-Flensburg, ehem. Referent für
Hochschulpolitik und stv. Vorsitzender
des AStA der Universität Flensburg.*

Boris Friele

Zwischen Kompensation polit- schen Versagens und humanitär- mensenrechtlicher Unter- stützung.

Ambivalente Aufgaben für
Psycholog*innen in den Systemen der
Aufnahme, Administration und Hilfen für
geflüchtete Menschen.

Die politischen Vorgaben für die
Gewährung von internationalem Schutz
in Deutschland und in der EU weisen
Psycholog*innen und Ärzt*innen eine
bedeutsame Rolle sowohl im System
der Aufnahme von Flüchtlingen als auch
bei der Prüfung von Asylbegehren zu.
Tatsächlich sind Psycholog*innen in der
Praxis wichtige Akteure, insbesondere
bei der psychosozialen Versorgung
von Menschen, die Folter oder andere
Formen von Gewalt erlitten haben.
Ihre Aufgaben reichen von der gesund-

heitlichen Stabilisierung über Hilfe bei
der Bewältigung von traumatisierenden
Gewalterfahrungen bis zur Unter-
stützung bei asyl- und leistungsrecht-
lichen Ansprüchen.

Häufig oder sogar überwiegend leisten
Psycholog*innen hier jedoch Kompen-
sationsarbeit in dem Sinne, dass die
Betroffenen von ihnen Hilfe in Situa-
tionen erhoffen, in denen die politisch-
administrativen Strukturen versagen
bzw. politische Entscheidungsträger und
andere Akteure unmenschlich agieren.
Im ersten Teil des Referats wird entlang
einiger Fälle aus der praktischen Arbeit
des Referenten veranschaulicht, wie
verschiedene Formen struktureller
Ausgrenzung Betroffene psychisch krank
hält oder gar erst krank macht. Dabei
wird auch zur Sprache kommen, wie sich
Ausgrenzungserfahrungen in destruk-
tiver Weise in psychosoziale Familie-
nentwicklungen über viele Jahre hinweg
einschreiben.

Gegenüber dieser problematischen
kompensatorischen Funktion sind
positive psychologische und psychothe-
rapeutische Funktionen in der Praxis
erkennbar. Dazu gehören Aufgaben
der Dokumentation und Diagnostik
der Folgen von erlittener Gewalt und
professionelle Unterstützung bei deren
Bewältigung. Dies ist politisch durchaus
gewollt und auch durch Rechtsakte
- etwa die EU-Aufnahmerichtlinie -
sanktioniert. In der Praxis wird diese
Arbeit jedoch in vielfältiger Weise
unterminiert. Im zweiten Teil des
Referats sollen die ambivalenten Rollen
von Psycholog*innen näher betrachtet
und deren Konflikthaftigkeit beleuchtet
werden.

Boris Friele, Dr. Dipl.-Psych., (46) ist seit

acht Jahren am Zentrum für Flüchtlingshilfen und Migrationsdienste (eine Einrichtung des Behandlungszentrums für Folteropfer) in Berlin tätig. Er arbeitet dort in der psychotherapeutischen Versorgung traumatisierter Flüchtlinge und leitet außerdem sozialpädagogische und soziokulturelle Projekte entlang der Thematik Ausgrenzung und Diskriminierung.

Kurt Gritsch

Krieg als Migrationsgrund: Libyen, Syrien und die Folgen.

2011 bricht in Libyen nach mehr als 40-jähriger Herrschaft Muammar al-Gaddafis ein Bürgerkrieg aus, in welchen die NATO eingreift. Die Folgen sind verheerend: Lag Libyen unter Gaddafi nach dem Human Development Index (HDI) noch als bestplatziertes afrikanischer Staat auf Rang 56 der Welt, so hat der Krieg das Land inzwischen zerstört, die öffentliche Sicherheit ist nicht mehr gewährleistet. Libyen gilt nun im Westen, zynisch genug nach dessen Intervention, als ein sogenannter »failed state«.

Selbiges gilt für Syrien: Auch dort hat eine von westlichen Staaten und ihren arabisch/türkischen Verbündeten zu verantwortende Unterstützung der »Rebellen« dazu geführt, dass das Land in einem Bürgerkrieg versinkt. Angesichts sich radikal verschlechternder Lebensumstände durch Zerstörung und Bedrohung an Leib und Leben sind nun immer mehr Syrer auf der Flucht. Und Libyen ist seit dem Ende der Gaddafi-Herrschaft zum Ausgangs-

punkt von Massenwanderung geworden, indem verzweifelte Menschen über das Mittelmeer nach Europa fliehen. Während die EU sich nach wie vor mit einer Antwort auf die Flüchtlingsfrage schwer tut, steckt eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit erst recht noch in den Kinderschuhen. Welche Mitverantwortung Europa und die USA aber für die aktuellen Ereignisse haben, zeigt der promovierte Zeithistoriker und Konfliktforscher Kurt Gritsch in seinem Bildervortrag. Neben den wirtschaftlichen Fluchtursachen trägt nämlich gerade die westliche Sicherheitspolitik durch ihre Unterstützung von Bürgerkriegsparteien und ihre eigenen Kriege dazu bei, dass immer mehr Menschen gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen.

Kurt Gritsch, Dr., geboren 1976, ist promovierter Historiker und Konfliktforscher. Seine Forschungsschwerpunkte sind Zeitgeschichte, Konfliktforschung, Medien- und Rezeptionsgeschichte. Er ist Autor von mehreren Büchern und über 50 Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und Magazinen, u. a. zum Kosovo-Konflikt, zu den arabischen Revolutionen und zum Ukraine-Konflikt. Zuletzt ist Krieg um Kosovo. Geschichte, Hintergründe, Folgen bei Innsbruck University Press erschienen. Er lehrt Geschichte und Deutsch an einem Gymnasium in Graubünden (CH). Seit 2014 ist er Projektmitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck zum Projekt »Arbeitsmigration in Südtirol«. Publikationen (Auszug): Krieg um Kosovo. Geschichte, Hintergründe, Folgen, Innsbruck 2015; Nie wieder Krieg (ohne uns)! E-book, telepolis/heise 2015; Inszenierung

eines gerechten Krieges? Intellektuelle, Medien und der ›Kosovo-Krieg‹ 1999, Hildesheim 2010; Peter Handke und ›Gerechtigkeit für Serbien. Eine Rezeptionsgeschichte, Innsbruck/München/Wien 2009.

Kien Nghi Ha

Integration als Ausschluss und Unterordnung – Hält die versprochene Willkommenskultur das, was sie verspricht?

Die Integrations- und Migrationspolitik ist von historischen Machtverhältnissen und rassifizierten Hierarchien durchzogen. Koloniale Analogien, Logiken und Bilder sind hier in einer kaum problematisierten Weise wirkmächtig, die einer (selbst-)kritischen Aufarbeitung bedürfen. Sowohl die politische Programmatik als auch die aktuelle Rechtslage enthalten Elemente, die gesellschaftliche Normalität und diskriminierende Normvorstellungen auf der Basis einer imaginierten weißen deutschen Leitkultur herstellen und sich selektierend und hierarchisierend auswirken. Dabei werden rassistische Annahmen und Dualismen reproduziert, die die eurozentrierte Machtstellung von Deutschein und Weißsein verstärken, während Migrant_innen of Color marginalisiert werden.

Kien Nghi Ha, Dr., ist promovierter Kultur- und Politikwissenschaftler. Sein Buch »Unrein und vermischt« (transcript 2010) wurde mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für Interkulturelle Studien 2011 ausgezeichnet.

Noa Ha

Migration und Rassismus in der neoliberalen Stadt – ein Recht auf Stadt?

In meinem Vortrag wird es um den Zusammenhang von Rassifizierung und Migration in Zeiten der neoliberalen Inwertsetzung von städtischem Raum gehen. Zum einen werden dekoloniale (›Kolonialität der Macht‹ von Anibal Quijano) und rassismuskritische (Critical Race Theory, Kritische Weißseinsforschung) Ansätze vorgestellt und für eine Übersetzung in den deutschen Kontext der Stadtproduktion überprüft. Unterschiedliche Momente – wie die Kämpfe von geflüchteten Menschen im öffentlichen Raum, der Zusammenhang von Stadtplanung und Migration (Stichwort »soziale Mischung«) oder auch die Debatte um das Humboldtforum in Berlin – verweisen auf den unabgeschlossen Prozess der Dekolonisation und die Erben des Kolonialismus, die bis heute fortwirken und sich in rassifizierende Wissensbestände und städtische Entwicklungspolitik einschreiben. Diese verschiedenen Momente werden mittels der vorgestellten Ansätze aufeinander bezogen, um sie in ihrer Bedeutung für ein »Recht auf Stadt« zu beleuchten und zu diskutieren.

Noa Ha, Dr., arbeitet als Stadtforscherin an der Schnittstelle verschiedener Disziplinen zur Produktion des städtischen Raumes aus einer rassismuskritischen und dekolonialen Perspektive. In ihrer Dissertation untersuchte sie Praktiken des Straßenhandels und Politiken des öffentlichen Raumes in Berlin. Ferner engagiert sie sich bei *orientations e.V.*,

einem asiatisch-deutschen Netzwerk, im Vorstand des Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. (MRBB) und im Netzwerk ›decoloniality europe‹.

Renate Haas

›Abspaltungen‹ als Blockaden in der interkulturellen Kommunikation – Ein Versuch, Traumata als kulturell-historische Befunde zu begreifen.

Es ist eine Sache, sogar eine einigermaßen erprobte, Menschen, die vor Krieg, Terror und Gewalt geflohen sind, psychologische Hilfen zukommen zu lassen. Etwas anderes und vielfach sehr Nötiges ist es jedoch, damit befasste Mitarbeiter/innen gesellschaftlicher Organisationen und staatlicher Institutionen mit einer zureichenden interkulturellen Kompetenz auszustatten, die den Erfahrungen politischer, soziökonomischer und kultureller Umbrüche Rechnung trägt. Vor allem solchen von Gewalt, Flucht und Vernichtung (mit für die Betroffenen oft traumatischen Folgen), die nicht ins gesellschaftliche Bewusstsein integriert werden konnten. Im Zuge der Globalisierung und erhöhter Verteilungskämpfe gewinnt diese Problematik an Brisanz, wenn Ungleichzeitigkeiten und Abspaltungen der einen Gesellschaft auf solche einer anderen treffen und zu massiven Spannungen führen. Denn nicht selten werden diese mit dem Mechanismus der Polarisierung zu bewältigen versucht, der wiederum nur zu leicht in einer regelrechten Aufspaltung der Beteiligten resultiert. Fixierte Rollenidentifikationen

und -zuschreibungen dominieren dann die Gruppensituation, was differenzierte Wahrnehmungen und fruchtbare Entwicklung erst recht erschwert. Was m. E. fehlt, sind interkulturelle »Übergangsräume« im Sinne Donald W. Winnicotts, in denen gemeinsam – zwanglos, wiewohl unter Lösungsdruck – darüber nachgedacht werden kann, wie die unvermeidlichen Polarisierungs- und Spaltungszwänge unserer Einwanderungsgesellschaft wahrzunehmen, beim Namen zu nennen und nach Möglichkeit in Bündnisfähigkeit umzuwandeln seien. Von einem Versuch, a) einen solchen interkulturellen Übergangsraum zur Erfassung und Behandlung der genannten Spaltungen mit einer Gruppe von Frauen unterschiedlicher Herkunft und Orientierung einzurichten und als Modellversuch durchzuführen, b) die dabei gemachten Erfahrungen (auch von Durchhängern und Turbulenzen) konstruktiv durchzuarbeiten und c) die Ergebnisse theoretisch-methodisch mithilfe von publizierten Erkenntnissen aus der Psychotraumatologie für die Analyse und Bearbeitung nachhaltiger gesellschaftlicher Spaltungen und Abspaltungen produktiv zu machen, soll in dem angekündigten Vortrag berichtet werden.

Renate Haas, Dr. phil., Ethnologin, Pädagogin. Lehrtätigkeit am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin sowie am Institut für Ethnologie der Freien Universität Berlin. Seit 2001 Projektleiterin am Institut für Kulturanalyse e. V., Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Wechselverhältnis von Migranten und Einwanderungsgesellschaft und deren Ungleichzeitigkeiten; Traumata als kulturell-historische

Befunde. Tätig in Beratung, Coaching und Supervision u. a. am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle/Saale. Publikationen, u. a.: Die Unfähigkeit, mit (inter-)kulturellen Konflikten umzugehen. Ein kulturanalytischer Befund, in: *Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen*, Jg. 60, 2006, H. 2, S. 131-155; Vortrag auf der Fachtagung des Instituts für Kultur-analyse Für eine Konfliktkultur in Familie und Gesellschaft, transcript 2014.

Mihaela Iclodean

Interkulturelles Theater und Psychoanalyse.

Mit der Frage des Kongresses, wie dazu beigetragen werden kann, die politischen, aber auch die privaten Kämpfe der MigrantInnen wirksam werden zu lassen, habe ich mich seit 2007 im Rahmen meiner Tätigkeit als Sozialpsychologin und Theaterpädagogin beschäftigt. Ich habe ein interkulturelles Theaterprojekt geleitet und mich mit der o.g. Frage im Rahmen der Dissertation *Interkulturelles Theater und Psychoanalyse. Eine Untersuchung zur Verwendung psychoanalytischer Mittel bei der Analyse autobiografisch-ästhetischer Arbeit auseinandergesetzt*. Mir war es dabei wichtig, besonders die emanzipatorischen Momente, aber auch die Unterschiede im Umgang mit Krisensituationen während der Proben herauszuarbeiten.

Ich habe dafür u.a. das Konzept des ›inneren Rassismus‹ (2011) von Fakhry M. Davids verwendet, welches ich im Vortrag vorstellen möchte. Bei dem

Konzept geht es im Wesentlichen darum, dass Menschen aufgrund ihrer psychischen Entwicklung eine innere rassistische Organisation besitzen und somit alle potenziell rassistisch sind. Dadurch, dass Sprechtheater MigrantInnen und Flüchtlinge in der Regel ausschließt – sei es aufgrund der Aussprache oder der Hemmschwelle gegenüber der deutschen Sprache –, versteht sich das von mir betriebene autobiografisch-interkulturelle Theater als soziales Theater, welches den Fokus auf nonverbale ästhetische Mittel legt. Durch die permanente Bearbeitung autobiografischer Szenen werden Inhalte in Frage gestellt, revidiert und in einen neuen, öffentlichen Zusammenhang – der Aufführung – gebracht. Aussagen und Einschätzungen der Darstellenden, wie: es habe ›klick gemacht‹ oder ›eigentlich war das früher gar nicht so, wie ich es dargestellt habe‹, geben den Erkenntnisprozess wieder. Durch Kulturarbeit können Veränderungen der Zustände der MigrantInnen bewirkt werden und auf diese möchte ich im Vortrag eingehen.

Darüber hinaus möchte ich Beispiele aus dem empirischen Teil der Analyse einbringen. Dieser beinhaltet Interviews, welche mittels der Methode der tiefenhermeneutischen Kulturanalyse in Gruppen ausgewertet wurden und je nach Schwerpunkten wie Autorität, Fremdheit, Symbiosen, Genderaspekte, Idealisierung, Ambivalenz und Emanzipation auf der Grundlage von mehreren Theorien und Konzepten diskutiert – unter anderem auf der Basis des ›intermediären Raums‹ nach Donald W. Winnicott sowie der ›Ethnopschoanalyse‹ und der ›Anpassungsmechanismen‹ nach Paul Parin und Goldy

Parin-Matthèy.

Nicht zuletzt möchte ich aus meiner persönlichen Erfahrung als rumänische Migrantin berichten, von den Auswirkungen des Wechsels aus einer sozialistischen Diktatur in eine kapitalistisch demokratische Gesellschaft.

Mihaela Iclodean, M.A., Dr. des., Sozialpsychologin, Soziologin und Anglistin, promoviert mit der Dissertation *Interkulturelles Theater und Psychoanalyse. Eine Untersuchung zur Verwendung psychoanalytischer Mittel bei der Analyse autobiografisch-ästhetischer Arbeit an der Leibniz Universität Hannover bei Prof. Dr. Detlev Claussen*. Prof. Dr. Lilli Gast, Vizepräsidentin der International Psychoanalytic University Berlin, ist ihre Zweitgutachterin. Zusätzlich zu ihrem Studium erhielt sie das Zertifikat *Ästhetische Bildung und Gestaltung an der Leibniz Universität Hannover*. Seit 2007 ist sie Theaterpädagogin, davon fünf Jahre mit einer Festanstellung an der Staatsoper Hannover. Zurzeit arbeitet sie freischaffend.

Ulla Jelpke

Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung.

Das Thema Flüchtlinge war 2015 so präsent wie kaum ein anderes – und ist es immer noch. In den Medien, in der Politik und auch im gesellschaftlichen Diskurs geht es um Fluchtursachen, Schleuserkriminalität und die Aufnahme und Versorgung von Asylsuchenden. An der Frage des Umgangs mit der sogenannten »Flüchtlingskrise« scheiden

sich die Geister – auch im Parlament. Legale Einreisewege versus Grenzzäune, Teilhabe versus Isolierung, Willkommenskultur versus Abschottung, Hilfsbereitschaft versus »Das Boot ist voll«-Rufe des rassistischen Mobs, beim Thema Flüchtlinge gehen die Meinungen bis ins Extreme auseinander.

Dass 2015 erheblich mehr Schutzsuchende nach Deutschland kommen würden als zuvor, war bereits im Vorfeld abzusehen. Und dennoch setzten die politisch Verantwortlichen in Berlin und Brüssel weiter auf Abwehr: »Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – und nichts vorbereiten – das war die Devise. Statt Flüchtlinge zu schützen und die Kommunen und Länder bei der menschenwürdigen Aufnahme und Versorgung zu unterstützen, setzte man auf nationaler genau wie auf EU-Ebene weiterhin stur auf Abschottung und Abschreckung.

Diese Elemente waren es schließlich auch, die maßgeblich die letzten Gesetzesinitiativen zum Asyl- und Aufenthaltsrecht mitgeprägt haben. Nach der Neuregelung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung im Juli 2015, welche die uferlose Ausdehnung der Abschiebehaft mit sich brachte, stand bereits im Oktober 2015 die nächste von der Bundesregierung initiierte Asylrechtsverschärfung auf der parlamentarischen Agenda. Das sogenannte »Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz« wurde größtenteils hinter verschlossenen Türen ausgehandelt und anschließend im parlamentarischen Schnellverfahren beschlossen. Es treibt die diskriminierende pauschale Kategorisierung von Schutzsuchenden in vermeintlich »gute« und »schlechte« Flüchtlinge weiter voran. Neben verfas-

sungswidrigen Leistungskürzungen und unangekündigten Abschiebungen ist auch die monatelange Kasernierung von Asylsuchenden in Erstaufnahmelagern inklusive Residenzpflicht und Arbeitsverbot vorgesehen. Und es wird längst nicht die letzte Verschärfung im Bereich des Asylrechts gewesen sein, wie man an den Diskussionen um die Einrichtung von Transitzonen und Asylschnellverfahren an den EU-Landesgrenzen absehen kann.

Ulla Jelpke, deutsche Publizistin und Politikerin, ist bereits seit den 68er Jahren politisch aktiv und blickt mittlerweile auf insgesamt über 20 Jahre Erfahrung als Mitglied des Deutschen Bundestages zurück. Als innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE liegen ihr die Themen Migration und Flüchtlingspolitik besonders am Herzen. Zusammen mit ihrer Fraktion tritt sie für einen grundlegenden Wandel in der Asyl- und Flüchtlingspolitik ein: Weg von Strukturen der Abschottung und Abschreckung sowie der diskriminierenden Kategorisierung von Flüchtlingen, hin zu einem menschenrechtsorientierten System, welches neben der humanitären Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen vor allem ihre zügige und umfassende Integration in den Vordergrund stellt.

Manfred Kalin

Der koloniale Nationalstaat als Geburtsurkunde des Rassismus oder Warum Kara Ben Nems keinen Reisepass vorzeigen musste.

Rassistische Erscheinungen stellen fluide

Phänomene dar. Je analytischer man sie betrachtet, desto mehr kriecht ihre Ideologie in die Methode. Je ideologischer ihre Wirkmächtigkeit daher kommt, desto mehr entziehen sie sich des methodischen Blickes.

Da jede Methode der Wirklichkeitsaneignung einer Zeitschiene bedarf, die einen präzisen Blick auf das Geschehen ermöglichen soll, kann sich das fluide Phänomen sogar zeitlich unkenntlich machen. Bloch hätte von der Ungleichzeitigkeit der Widersprüche gesprochen. Um der Falle der Ungleichzeitigkeit als auch der methodischen Blindheit des wissenschaftlichen Betrachters zu entgehen, stellt das Referat ethnologische und belletristische Sichtweisen auf Rassismus und Fremdenwahrnehmung vor, die einen undisziplinierten Eindruck vom Geschehen vermitteln können, indem die Disziplingrenzen herkömmlicher Weltaneignung in den Wissenschaften aus guten Gründen außer Kraft gesetzt werden.

Fluide Phänomene des Rassismus schleifen selbst universitäre Fächer, indem sie fachbezogen Konfusion stiften: wann ist das fluide Phänomen Philosophie, wann Literaturwissenschaft, wann Psychologie, wann Hermeneutik, wann Biologie, wann Mathematik, wann Soziologie?

Lassen wir uns von George Devereux auch sagen (Angst und Methode in den Verhaltenswissenschaften), dass unsere persönliche Entscheidung »etwas zu untersuchen« sehr wohl mit der Vorwegnahme dessen zu tun hat, was die Anderen nach der Untersuchung von uns halten.

Dass der Autor in Karl May »Durchs wilde Kurdistan« sein eigenes Jugendbuch auf ideologische Sichtweisen

untersucht, kam ihm selber unverschämt vor. Das Gefühl blieb auch bestehen, nachdem er es unternahm, diese Unverschämtheiten analytisch aufzulösen. »Wissenschaftliche Arbeit«, sagt Bourdieu, »gründet nicht auf zarten Empfindungen *bons sentiments*, sondern auf Leidenschaften. Um zu arbeiten, muss man wütend sein. Man muss auch arbeiten, um seine Wut zu kontrollieren«.

Manfred Kalin, Dipl.-Päd., geboren in Dinslaken am Niederrhein, verheiratet, abgeschlossene Mechanikerlehre in Bitz auf der Schwäbischen Alb, Zweiter Bildungsweg: Schauspielstudium in Stuttgart und Heidelberg, Tätigkeit als Berufsschauspieler in Karlsruhe, Kassel, Maßbach, Osnabrück und Braunschweig, danach Theaterpädagoge auf einer Erzieherstelle in Frankfurt und Kelkheim, dem folgte ein erziehungswissenschaftliches Studium unter psychoanalytischem Gesichtspunkt mit Abschluss als Diplom-Pädagoge in Frankfurt am Main, Tätigkeiten als Sozialarbeiter im Jugendamt Frankfurt und als Heilpädagoge im Klinikum der Universität Frankfurt, dort Transplantations- und Sterbebegleitung für Mukoviszidose-Patienten und ihre Familien, seit 2007 selbständig in eigener Praxis in Fulda als Psychodrama- und Gesprächstherapeut. Mitglied der Gesellschaft für Psychohistorie und politische Psychologie seit 2011 und der Deutschen Gesellschaft für phänomenologische Forschung, Köln, sowie im Verband Freier Psychotherapeuten, Heilpraktiker für Psychotherapie und Psychologischer Berater, Hannover, Verfasser kleinerer Texte fürs psychotherapeutische Allgemeinpublikum unter <http://www.netzwerk-psychotherapie>.

de. Veröffentlichungen zu subjektwissenschaftlichen und sprachphilosophischen Fragestellungen in den Jahrbüchern für psychohistorische Forschung.

Monique Kaulertz

Bedingungen des Erzählens und Möglichkeiten der Kommunikation – Was bedeutet »Anerkennung geflüchteter Menschen in zwischenmenschlichen Begegnungen?

In der »narrativen Psychologie« wird dem Erzählen eine ganz besondere Bedeutung für das menschliche Leben und gegenseitiges Verstehen beigegeben. Durch das Erzählen bzw. das Zuhören wird eine Anerkennung des »Anderen« – und insbesondere von Leiderfahrungen – als möglich angesehen. Doch werden »Flüchtlinge« mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, was ihre persönlichen Erzählungen angeht. In der Asylanhörung müssen sie ihre Fluchtgründe unter schwierigen Bedingungen glaubhaft darlegen. Im Alltag außerhalb der Anhörung erscheinen eher andere als Fürsprecher der »stimmlosen« Flüchtlinge – von ihnen selbst hingegen wird oft nicht viel mehr als Schweigen erwartet. Auch traumatische Erlebnisse, sprachliche Schwierigkeiten und institutionelle Routinen erschweren Möglichkeiten des Erzählens und gegenseitiger Begegnungen. Andererseits »erobern« sich Geflüchtete zunehmend Räume zur öffentlichen Debatte ihrer Interessen. Sie protestieren auf der Straße nicht nur für die Verbesserung ihrer Lebensumstände, sondern auch dafür, gehört und

wahrgenommen zu werden.

Diese unterschiedlichen Formen und Anforderungen an das Erzählen bei geflüchteten Menschen werfen viele Fragen auf: Welche Wege und Arten der Kommunikation machen Begegnungen mit geflüchteten Menschen auf Augenhöhe möglich? Was kann in diesem Zusammenhang »Anerkennung« bedeuten – und was nicht? Welche Bedingungen und Möglichkeiten bieten bestimmte Räume für Erzählungen und gleichberechtigte Begegnungen zwischen Geflüchteten und anderen Menschen, die in Deutschland leben? Erste Erkenntnisse zu diesen Fragen möchte ich auf dieser Tagung anhand einiger Beispiele vorstellen und mit zwei meiner ForschungspartnerInnen, die selbst einen Fluchthintergrund haben und die mich zu der Tagung begleiten werden, diskutieren.

Monique Kaulertz, MA in den Fächern Sozialpsychologie und Sozialanthropologie sowie Philosophie, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozialtheorie und Sozialpsychologie (Prof. Jürgen Straub) im Lehrforschungsprojekt »Leid und Schmerz in Wissenschaft und Kunst – Wege des Verstehens, Formen der Repräsentation«, promoviert seit Oktober 2014 zum Thema »Erzählen und Schweigen in der Institution Asyl – Grenzen und Möglichkeiten der (Selbst-)Artikulation und Anerkennung in einer ‚Kultur des Misstrauens‘« (BetreuerInnen Prof. Jürgen Straub und Prof. Heidrun Friese). Info auf der Lehrstuhlseite: <http://www.sowi.rub.de/soztheo/team/kaulertz.html>.
de

Gesa Köbberling

Individuelle Bewältigung rassistischer Gewalt und gesellschaftliche Bedingungen.

Im August attackierten RassistInnen im sächsischen Heidenau über mehrere Tage eine Notunterkunft für Geflüchtete. Heidenau steht damit für einen weiteren Höhepunkt der aktuellen Welle rassistischer Mobilisierung. Die Bereitschaft, Geflüchteten mit Gewalt zu begegnen, ist aber nicht nur in Sachsen hoch. So meldete die Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt »Opferperspektive« im August ein alarmierendes Ansteigen rassistischer Gewalt in Brandenburg: »Bis Ende Juli habe der Verein 88 rechtsextreme Angriffe registriert. Damit sei fast das Niveau des gesamten vergangenen Jahres (92) erreicht worden (...). Vor allem Flüchtlinge seien oft Ziel von Angriffen.« (Deutschlandradio Kultur, 24. August 2015).

Welche Folgen haben diese rassistischen Angriffe für die Betroffenen und wie kann Psychologie und Soziale Arbeit mit diesen Folgen umgehen? Dass die psychischen Folgen rassistischer Gewalt schwerer wiegen als Gewalttaten ohne den ideologischen Hintergrund, ist in der Forschung ebenso unumstritten wie dass die subjektive Bedeutung der Gewalt nicht von den gesellschaftlichen Bedingungen zu trennen ist, in denen sie stattfindet (Iganski und Lagou 2015). In meinem Vortrag will ich daran anschließend der Frage nachgehen, wie die Betroffene rassistischer Gewalt in Deutschland die Gewalterfahrung in den konkreten Bedingungen, unter denen sie leben und in denen die Gewalt

stattfindet, bewältigen. Anhand von qualitativen Fallanalysen aus meiner Dissertation werden die jeweiligen Konstellationen aus Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen rekonstruiert. Es zeigt sich, dass die Bewältigungsweisen, die Betroffenen unter diesen Bedingungen entwickeln können, selbst widersprüchlich bleiben und mit psychischen Kosten verbunden sind.

Literatur

Iganski, Paul; Lagou, Spiridoula. 2015. The personal injuries of hate crime In The Routledge international handbook on hate crime, hrsg. Nathan Hall, Abbee Corb, Paul Giannasi und John Grieve; New York: Routledge, S. 34–46.

Gesa Köbberling ist Dipl.-Psych. und promoviert mit einem Stipendium der Hans Böckler Stiftung am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie der Freien Universität Berlin zum Thema »Die Verbindung von individuellen und gesellschaftlichen Dimensionen in der Beratung von Opfern rechter und rassistischer Gewalt«. Sie hat (vor ihrer Promotion) in einer Beratungsstelle für Opfer rechter und rassistischer Gewalt gearbeitet und als Lehrbeauftragte an der Alice Salomon Hochschule und der Katholischen Hochschule für Sozialwesen zu den Themen Rassismus und Migration sowie Psychische Krankheit und Gesellschaft als Themen Sozialer Arbeit gelehrt.

Eva König-Werner

Kolonialismus – im Kopf und in den Beinen.

Kindeskinder kolonialer Untertanen auf der Flucht nach Europa.

Mit der Protestlosung »Wir sind hier weil ihr da ward« verlangen junge Einwanderer aus den einstigen Kolonien in Afrika, Asien und Süd-Amerika bereits seit Jahrzehnten, dass sich die europäischen Einwanderungsgesellschaften der Komplexität ihrer kolonialgeschichtlichen Vergangenheit stellen und sie als Teil ihrer nationalen Geschichte anerkennen. Bislang ist ihre Forderung nicht erfüllt worden. Momentan wankt die »Festung Europa« durch die massenhafte Flucht von Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika vor den Gräueln von Krieg, Diktatur und Hungersnöten. Ihre verzweifelte Lage hat die Sympathie vieler Menschen in Europa geweckt. Auf euro-politischer Ebene jedoch wird eine soziale Verantwortung für die Unterstützung der Kindeskinder einstiger kolonialer Untertanen vielfach verweigert. Einst rechtfertigten die europäischen Kolonialherren ihre Ansprüche auf Macht, Profit und Deutungshoheit gegenüber den sogenannten »primitiven Einheimischen« in den Kolonien mit dem Slogan von der »Bürde des Weißen Mannes«. Heute werden die Konsequenzen ihrer Kolonialherrschaft im Westen politisch und wissenschaftlich weitgehend ignoriert. Diese Ignoranz führt dazu, dass die Nachkommen der Kolonialiserten aufs Neue diskriminiert und als Wesen von inferiorem Status angesehen werden. In diesem Vortrag sollen die dargestellten Mechanismen, insbesondere in

ihrer vielfältigen Verknüpfung, näher beleuchtet werden.

Eva König-Werner studierte Französisch und Geographie in Paris, Marburg, Hamburg, Göttingen und Bonn/Köln. Sie arbeitete als Lehrerin und promovierte zum Thema »Immer im Ausnahmezustand: Kolonialismus und die Erfahrungen des kolonialisierten jungen Java-Chinesen Tan Tjwan Hie (1920-1945). Ein postkolonialer Beitrag zur Erinnerungskultur« an der Universität Bremen. Ihre Hauptinteressen sind Postcolonial und Cultural Studies in Verbindung mit Biographieforschung sowie Konsequenzen subjektiver und kollektiver (traumatischer) Erfahrungen. Derzeit betreut sie eine kleine Gruppe junger Flüchtlinge aus Eritrea.

Annekatriin Kühn

Rechtliche Aufenthaltsregulierungen - Eine Qualitative Untersuchung zur Lebenslage von Personen mit befristetem Aufenthalt.

In der Untersuchung zur Lebenslage von Personen mit befristetem Aufenthaltsstatus wird untersucht, welchen Einfluss die zeitliche Befristung auf die Menschen hat, wie sie mit den möglichen Konsequenzen umgehen (Abschiebung) und wie sie ihr Leben in Deutschland gestalten.

Vor allem Personen, die unfreiwillig ihr Herkunftsland verlassen mussten und während ihrer Flucht teils traumatische Erlebnisse erfuhren, bilden den Mittelpunkt dieser Studie. Anhand problemzentrierter Interviews zur Lebenslage, mit offenem Erzähleinstieg/Narration,

konnten Daten erhoben werden. Durch die zeitliche Beschränkung befinden sich die betreffenden Personen in einem dauerhaften Zustand der Unsicherheit, so kann es jeder Zeit sein, dass ihnen ihr Aufenthaltsrecht entzogen wird und sie entweder zwischen dem Weg in die Illegalität oder zurück in ihr Herkunftsland, welche häufig Krisengebiete sind, wählen müssen. Im Rahmen der Präsentation des Themas soll neben der theoretischen Grundlage anhand von ausgewählten Fallbeispielen aufgezeigt werden, wie sich der Umgang mit der zeitlich befristeten Lebenslage gestaltet. Wird der Zustand bedingt durch die zeitlich ungewisse Aufenthaltsdauer als »Angstzustand« empfunden oder als »Chance«, die es zu ergreifen gilt? Wie gestaltete sich das Leben im Herkunftsland und wie gestaltet es sich nun in Deutschland? Welche Hoffnungen und Motivationen waren und sind mit dem Verlassen des Herkunftslandes verbunden?

Annekatriin Kühn, Studium der Ethnologie und Soziologie an der Georg-August-Universität zu Göttingen. Derzeit Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Dortmund - Fakultät Raumplanung/ Fachgebiet Stadt- und Regionalsoziologie (Lehrstuhl: Prof.'in Dr. Susanne Frank). Zuvor Studentische Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften in Göttingen, tätig in der Abteilung soziokulturelle Vielfalt (Prof. Dr. Steven Vertovec).

Uwe Langendorf

To Turn A Blind Eye. Über die Unbegreiflichkeit der traumatischen Migration.

Es fällt unserer Gesellschaft und auch den Einzelnen schwer, die innere Situation von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten zu begreifen. Die Definitionen der Traumatisierungen (kumulativ, sequenziell, PTBS udgl.) sind unzureichend, die reale Situation wiederzugeben. Was diesen Migranten widerfährt, ist am besten als »Terror« zu beschreiben. Unsere Vorstellung verweigert sich, die Realität des Terrors zu erfassen. Es setzt eine partielle Blindheit ein, sowohl im Blick auf die jetzige Welt als auch unsere eigene Geschichte.

Wir verdecken die Lücken unserer Wahrnehmung mit Stimmungsbildern und moralischen Wohlfühlprogrammen. Der Gesichtskreis wird eingengt auf das uns Wesentliche (wozu diese Migranten nicht gehören), Psychotherapeuten ziehen sich auf den Bereich des Innerlichen zurück, wofür sie sich zuständig fühlen.

Dieser blinde Fleck hindert uns, die Situation zu begreifen, die auch unsere Gesellschaft betrifft, und uns auf das Kommende vorzubereiten.

Es braucht neue therapeutische Konzepte, um den schwer geschädigten Menschen helfen zu können. Dafür braucht es ein Verständnis für die Zusammenhänge, die zu den Gewaltverhältnissen geführt haben, unter denen die Migranten nun leiden.

Uwe Langendorf, Dr. med., Psychoanalytiker, Dozent am Junginstitut Berlin, Mitglied im Vorstand der Gesellschaft für

Psychohistorie und Politische Psychologie (GPPP).

Michaela M. Müller, Cluse Krings

Das kleine Zimmer.

Eine psychotherapeutische Praxis in der Münchner Isar-Vorstadt. In einem kleinen Raum im Dachgeschoss kommen stündlich Menschen jeder Hautfarbe und Statur. Manche sprechen schon ein wenig Deutsch. Andere brauchen Übersetzer für Urdu, Igbo, Tigrinha, Bambara, Dari, Paschtu, Somali, Haussa ...

Ein Erfahrungsbericht aus der täglichen Praxis: Wie bearbeitet ein Therapeut die intimsten Verletzungen der Psyche in Anwesenheit eines Dolmetschers? Wie zuverlässig sind unsere, auf westliche Verhältnisse zugeschnittenen Krankheits- und Therapiekonzepte, wenn sie auf Menschen anderer Kulturen angewendet werden sollen? Welche Hilfsmittel und Brücken sind notwendig, um doch ans Ziel zu gelangen? Sind diese im strengen therapeutischen Sinne noch zulässig? Und wie rechnet man dies am Ende des Tages ab?

Und auch die Dokumentation einer Entrüstung: Vielfach wird eine Aufenthaltstitel nur aufgrund einer seelischen Erkrankung erteilt. Heilt die Therapie die Störung, dann entfällt der Aufenthaltsgrund. In diesem Fall aktualisiert sich ein Trauma, destabilisiert den Patienten bis zur Suizidalität. Denn eine Rückführung kommt einer Verurteilung zur Wiederholung von Krieg, Folter und Verfolgung gleich. In der Logik der Gesetzgebung und Abschiebepaxis ist für derlei Überlegungen wenig Raum.

Im Grunde wird hier ein politisches Problem medizinisiert. Eine niedergelassene Psychotherapeutin und ein Sozial-Anthropologe stellen Fälle aus der Praxis vor.

Michaela M. Müller, Dipl.-Psych., Jahrgang 1958, seit 1993 niedergelassene Psychotherapeutin in München betrieb eine Schwerpunktpraxis für AIDS-Patienten, seit etwa zehn Jahren nun für Migranten. Daneben fünfzehn bis zwanzig Fortbildungsveranstaltungen pro Jahr für u. a. die Deutsche AIDS-Hilfe (DAH), SOS Kinderdörfer und das Lehrinstitut für Psychotherapie und Psychoanalyse München (LPM e.V.).

Cluse Krings, M. A., Jahrgang 1959, Sozial-Anthropologe, Schwerpunkt Kulturen und Religionen des Mittleren Ostens und Andalusiens. Anthropologische Beratung in der Praxis Michaela M. Müller. Begründer der ersten Lesebühne Deutschlands. Die Höhnende Wochenschau (www.Die-hoehnende-Wochenschau.de) für unterlassene Nachrichten. Publikationen u. a.: Die vier Spiegel des Emirs von Córdoba - Eine andalusische Saga (ISBN 978-3-00-022208-5), Der Emir von Córdoba - Wie Andalusien entstand (ISBN 978-3981-65110-2) (www.cordoba-emir.info).

Bernd Nielsen

Kulturalismus als Konstitutivum des neoliberalen und neokonservativen Diskurses.

Das Thema »Rassismus« zeigt sich mir vornehmlich als Kulturalismus, in einer doppelten, in sich dialektischen

Bedeutung:

#) Im Rahmen des neoliberalen Narrativs / Diskurses geschieht eine radikale Entwertung und Vergleichglättung historisch gewachsener (lokaler, regionaler, sozialer, wirtschaftlicher, künstlerischer etc.) Kulturen. Weil alle Relationalität in Märkte, Wettbewerbe und Verträge (Hayek) aufgelöst wird im Akt einer quasi apokalyptischen globalisierten Liquidierung.

#) Im Rahmen des neokonservativen Narrativs / Diskurses wird ein absolutes kulturalistisches Wertungsgefälle - implizit wie explizit - entworfen, das festlegt, welche Staaten, Ethnien, Bevölkerungen, Kulturen, Zivilisationen aufgrund ihrer Verschiedenheit von „Leitkulturen“ und „überlegenen“ Systemen, Mentalitäten, Religionen etc. »legitimerweise« (plausibel, natürlich etc.) überfallen, dominiert, exkludiert etc. werden dürfen / sollen.

Beides kann ich am deutlichsten anhand der US-amerikanischen Ausprägungen dieser Narrative darstellen (u.a. aufgrund einer eingehenden Analyse einschlägiger Primärquellen [erschütternd und bedrückend!]).

Querverbindungen und mainstreamige Einflüsse dieses US-dominanten Diskurses auf europäische Verhältnisse (mit tödlichen Konsequenzen für die Bootsflüchtlinge) zu beleuchten, wird nicht schwerfallen.

Bernd Nielsen, geb. 1957, Evangelischer Theologe (Studium mit Schwerpunkt psychoanalytisch fundierter Pastoralpsychologie) und Pastor, zuletzt auf einer Pfarrstelle für Kulturdialoge in Hamburg Altona. Von März 2008 bis März 2014 Vorsitzender der »Gesellschaft für Psychohistorie und Politische

Psychologie e.V.« (GPPP), jetzt Mitglied des Vorstands, Organisation und Leitung von 3 Jahrestagungen der GPPP. Zahlreiche Beiträge im »Jahrbuch für Psychohistorische Forschung« (Mattes-Verlag Heidelberg), thematisch / inhaltlich über den Zusammenhang von Neoliberalismus, Neokonservatismus, IT-gestützter Technokratie und religiösem Fundamentalismus. Er unternimmt eine Dissertation zum Thema »Apokalyptik im Zeitalter der neoliberalen Hegemonie. Eine psychohistorische Studie«.

Nach einem Umzug in seinen Heimatort St. Peter-Ording befasst er sich fokussiert mit der praxisbezogenen Bedeutung von Psychohistorie in konkreten lokalen Kontexten, hier i.S. eines sozial- und kulturwissenschaftlichen Projektes, das die präzise Beschreibung, kritische Kommentierung und demokratisch-transformative Begleitung des Strukturwandels, dem der Ort durch touristische Gentrifizierung ausgesetzt ist, zur Aufgabe hat.

Zur Zeit widmet er sich mit Priorität der Pflege seiner 91jährigen Mutter und der damit verbundenen Auseinandersetzung mit einem marktradikal deformierten Gesundheitssystem.

Bahman Nirumand

Die Flüchtlinge und der Westen.

Seit dem 11. September 2001, dem Tag, an dem die grauenhaften Terroranschläge in New York und Washington die Welt erschütterten, erreichen uns nahezu täglich Schreckensmeldungen aus dem Nahen und Mittleren Osten und

Nordafrika. Militärische Interventionen, Selbstmordattentate, Raketenbeschüsse, atomare Bedrohungen, Flüchtlingsströme in die Nachbarstaaten und dergleichen mehr gehören bereits seit Jahren zum täglichen Nachrichtenmix. Lange Zeit hindurch nahmen die meisten Menschen die Meldungen nur noch in einer Mischung aus Ratlosigkeit und Fatalismus auf. Was soll man tun, wenn sich »die da unten« die Köpfe einschlagen, sagten viele. Erst als Terroranschläge und die Masse der Flüchtlinge auch den Westen erreichten, begann man sich über die Ursachen Gedanken zu machen.

Allerdings gab es Leute, die schon unmittelbar nach den Anschlägen in New York und Washington meinten, den Schuldigen zu kennen: Verantwortlich für das Grauen sei der Islam. Politiker und sogenannte Nahostexperten und Islamkenner, die plötzlich in großer Zahl in den Medien auftauchten, erklärten uns: Jenseits der Grenzen der zivilisierten Welt herrsche Finsternis, dort seien Dämonen am Werk. Die Theorie von einem Kampf der Kulturen, dem Kampf des Bösen gegen das Gute, wurde wieder populär. Sogar das Wort »Kreuzzug« tauchte im Repertoire politischer Begriffe wieder auf.

Heute, nach allem, was in den letzten zwei Jahren geschehen ist, wird noch häufiger als damals der Islam als eine gewalttätige, aggressive, rachsüchtige Religion dargestellt, gegen die sich die zivilisierte Welt, sei es auch mit Gewalt, zur Wehr setzen müsse. Kein Wunder, dass mit dem Einzug von Flüchtlingen, von denen die meisten aus islamischen Ländern stammen, die Islamophobie rapide zunimmt und damit die Bereitschaft zu weiteren militärischen Interventionen.

Richtig ist, dass der Islam, genauso wie das Christentum und Judentum, sich politisch instrumentalisieren und zu einer Ideologie umfunktionieren lässt, die auch vor Mord und Massenmord nicht zurückschreckt. Aber trifft es tatsächlich zu, dass der Islam für alles, was wir zurzeit im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika vorfinden, verantwortlich ist, auch für die sich in Richtung Westen bewegenden Flüchtlingsströme? Liegen nicht die Ursachen viel mehr in den militärischen Interventionen, in der ökonomischen Ausbeutung und den politischen Einmischungen? Seit den Anschlägen vom September 2001 sind vier Staaten, Afghanistan, der Irak, Syrien und Libyen nahezu vollständig zerstört worden, was auch in den Nachbarstaaten tiefe Krisen erzeugt hat. Die Millionen von Menschen, die ihr Leben riskieren, um in Sicherheit zu gelangen, flüchten nicht vor dem Islam, es sind Kriege, Stellvertreterkriege und Terror, die sie dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Für all dies sind die westlichen Staaten zu einem großen Teil mitverantwortlich. Die Massenflucht nach Europa gehört zu den Folgen einer Politik, die darauf ausgerichtet ist, Energiequellen zu sichern, Märkte zu erobern und eigene geostrategische Interessen durchzusetzen. Setzt der Westen diese Strategie fort, werden zu jenen Millionen, die vor Terror und Krieg flüchten weitere Millionen und Abermillionen hinzukommen, die der Armut und den Folgen der Umweltkatastrophen entrinnen wollen.

Bahman Nirumand, Dr., ist ein iranisch-deutscher Germanist, Iranist und Autor. Abitur in Deutschland, Studium Germanistik, Philosophie und Iranistik

in München, Tübingen und Berlin. Promotion 1960 über Probleme der Verpflanzung des europäischen Dramas in die neupersische Literatur. Bis 1965 Dozent für Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Teheran, daneben tätig als Schriftsteller und Journalist. Politische Arbeit gegen das Schah-Regime erzwang seine Rückkehr nach Deutschland 1965. Sein 1967 erschienenes Buch »Persien, Modell eines Entwicklungslandes oder Die Diktatur der Freien Welt« hatte großen Einfluss auf den Internationalismus der Studentenbewegung. 1979 kehrte er noch vor der Gründung der Islamischen Republik Iran in den Iran zurück. Nach dreijährigem Aufenthalt im Iran ging Nirumand ins Exil, zunächst nach Paris, da man ihm die Einreise in die Bundesrepublik zunächst verweigerte, und anschließend wieder nach Berlin. Bahman Nirumand ist Autor zahlreicher Bücher und schreibt Artikel für Die Zeit, den Spiegel, Die Tageszeitung und die Frankfurter Rundschau; zudem hat er zahlreiche Rundfunk- und Fernsehbeiträge verfasst. Seit 2001 ist er der Verfasser des monatlich erscheinenden iran-reports der Heinrich-Böll-Stiftung. Er ist Mitglied des PEN-Zentrums Deutschland.

Anton Perzy

Zu den Folgen von Kolonialisierung fürs Innenleben. Anmerkungen zu den psychologischen Mechanismen.

Wenn wir davon ausgehen, dass gesellschaftliche Verhältnisse auch das Innenleben prägen und Kolonialisierung einen

Moment der Enteignung enthält, lässt sich in Bezug auf die psychologische Dimension des Innenlebens fragen, wie sich da »Kolonialisierung« darstellt und welche Folgen sie hat. Dazu gilt es, den Begriff der »Enteignung« zu definieren, wie er hier verwendet wird, und zu klären, in welchen Aspekten Enteignung stattfindet. Beispielsweise zeigt sich eine solche Enteignung nicht nur im Unterbinden von bislang gewohnten Verhaltens- und Erlebensweisen, sondern ebenso im Versperren von (auch zukünftigen) Verhaltens- und Erlebensmöglichkeiten. Kolonialisierung geht mit einer »Eroberung« des psychischen Innenraums einher. Während es relativ einfach ist, diesen Druck auf die Psyche in offen und auch in eher verborgenem Zwang ausübenden Strukturen zu erkennen, scheint es schwieriger, die eigene, innere Beteiligung daran (bspw. in den Verflechtungen des Alltags) zu erkennen und Einspruchsmöglichkeiten zu bestimmen. In einer Welt von Widersprüchen, die vielen oft nur als schwer oder kaum mehr durchschau- und begreifbar erscheint, haben es rassistische Bestrebungen im politischen Raum leichter, die Ängste von Menschen für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Um diesen Tendenzen entgegenzutreten und eine Immunisierung ihnen gegenüber zu bewirken, braucht es auf einer individuellen, selbstbezogenen Ebene die Wahrnehmung und Anerkennung der eigenen Bedürfnisse und der eigenen Anfälligkeit gegenüber äußerem Druck, und auf einer gesellschaftlichen Ebene ein ebensolches Verständnis anderen gegenüber und den organisatorischen Zusammenschluss mit Gleichgesinnten zum kollektiven sozialen Handeln. Die Schwierigkeiten liegen dabei nicht bloß

in objektiv-äußeren Gegebenheiten, sondern auch in der Psychologie der einzelnen handelnden Subjekte. Beide Aspekte müssen wechselseitig beachtet und aufeinander bezogen werden. Eine Kritik des Kapitalismus bleibt abstrakt und wirkungslos, geht sie nicht durch die reflektierte, eigene Erfahrung hindurch. Der Zwang der Verhältnisse setzt sich auch in denen durch, die diese kritisch reflektieren, also in uns allen.

Anton Perzy, Dr. phil., Psychologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Europa-Universität Flensburg, Interesse an den psychologischen Aspekten von Entwicklung, Sozialisation und Bildung und den Zusammenhang zwischen Psychologie der Person, ihrem sozialen Handeln und Gesellschaft.

Jan Ponesicky

Emigration und Immigration. Bericht eines emigrierten Psychoanalytikers.

1977 habe ich aus der damaligen Tschechoslowakei über Österreich in die BRD emigriert. Was waren meine (und die der anderen Oppositionellen) Gründe der Auswanderung?

Wir dachten, es war der Wunsch nach Freiheit. Wenn ich im nachhinein darüber nachdenke, war der wichtigere Grund der Wunsch nach Gerechtigkeit, nach gleichen Chancen (als Parteilose), nach gleicher Augenhöhe, nach Respekt und Achtung der Menschenwürde. Die Selbstachtung wollte man uns nehmen, gleichzeitig hat das die Kommunisten am meisten gestört, wenn es denen

nicht gelungen ist. (Man kann es nicht ausschließen, dass auch in einem Königreich Gerechtigkeit und Zufriedenheit herrschen kann, so wie das Saint Exupery in Citadelle beschrieben hat.) Der tschechische Philosoph Machovec hat in seinem Vortrag an der »Untergrunduniversität« in Prag hervorgehoben, dass das schlimmste, was man ertragen muss, der Stillstand ist, die Lähmung des öffentlichen Lebens, die Passivität, Rückzug in das Private. Das bringt mich zu der Frustration eines noch wichtigeren Grundes der Emigration: dem schwindenden Selbst- und Selbstwertgefühl. Die Selbstbestätigung erfolgt v.a. durch die (überwiegend positiven) Rückmeldungen auf das eigene Tun, hängt also mit der Selbstwirksamkeit zusammen. Diese Erfahrung war aber auch dadurch bedroht, dass freie Aktivität, die der Obrigkeit missfiel, bestraft wurde. Hiermit komme ich zu einem weiteren wichtigen Grund der Auswanderung, zur Bedrohung der Sicherheit. Wir haben uns einigermäßen untereinander sicher gefühlt, sowohl in den oppositionellen Kreisen als auch in der psychotherapeutischen community, obwohl wir ahnten, dass sich dort auch Spitzel befanden. Dort war das Gefühl der Freiheit sehr intensiv (so ähnlich wie es auch J.P. Sartre während der Resistance geschildert hat). Das Verhältnis zwischen dem Bedürfnis nach Freiheit und Selbstbestätigung illustriert meine Antwort auf die etwas wohlwollende Frage meiner ehemaligen Chefin Frau Professor Heigl-Evers, wie ich die für mich neue Lebenslage im Vergleich mit der in der CSSR empfinde. Ich habe damals gesagt: »Zu Hause durfte man nicht frei reden, aber wenn

man es getan hat haben alle zugehört. Hierzulande darf man alles sagen, aber niemand hört zu«. Natürlich habe ich hier viel Unterstützung erfahren, aber manchmal auch mangelnde Sensibilität (es folgen Beispiele), die auch heute bei den Flüchtlingen negative Folgen bewirken kann.

Jan Ponesicky, Dr. med. Dr.phil., PhD ist ein FA für Psychiatrie und Psychotherapie und FA für psychosomatische Medizin, gleichzeitig ein klinischer Diplompsychologe und Psychoanalytiker. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Theorie und Praxis der Psychotherapie und der Psychosomatik (dazu mehrere Bücher und Veröffentlichungen), philosophische Anthropologie, Aggression, Gewalt und Psychologie der Macht (dazu wieder Bücher in tschechischer Sprache). Tätig als Dozent an der Prager Hochschule für psychosoziale Studien, am Dresdner Institut für psychodynamische Psychotherapie und am Leipziger Institut für Psychoanalyse. Vor der Emigration aus der CSSR politisch tätig in den oppositionellen Kreisen.

Frank Reuter

Paradigma des Fremden: Die fotografische Konstruktion des »Zigeuners« in historischer Perspektive.

»Zigeuner«-Stereotypen haben sich gleichermaßen in die Hoch- wie Populärkultur eingepägt. Sie legen sich wie ein Raster über unsere heutige Wahrnehmung, meist ohne dass wir uns dessen bewusst sind. Eine jahrhunder-

tealte Ikonografie des »Fremden« macht den »Zigeuner« zur Projektionsfläche für Überlegenheitsfantasien und Angstbilder, aber auch für erotische und exotische Sehnsüchte.

Der Vortrag legt die Tiefenschichten des Sehens von »Zigeunern« frei und befragt den mehrheitsgesellschaftlichen Blick auf die Minderheit der Sinti und Roma auf seine Voraussetzungen. Mit der Fotografie liegt der Fokus auf einem Schlüsselmedium der Moderne, das die Entwicklung des »Zigeuner«-Bildes seit Mitte des 19. Jahrhunderts maßgeblich beeinflusst hat. Fotografie wird dabei weniger als ein Dokumentationsmedium, sondern vielmehr als ein Zuschreibungs- und Markierungsmedium begriffen, das unser Welt- und Menschenbild prägt. Fotografische Bilder sind nicht einfach Abbilder einer vorgegebenen Realität, sondern sie sind an der Konstituierung von Wirklichkeit maßgeblich beteiligt. Es sind Medien, die eine eigene visuelle und virtuelle Realität hervorbringen.

An exemplarischen Bildanalysen werden die Stigmatisierungsmuster und Mechanismen aufgezeigt, die dem Konstrukt »Zigeuner« zugrunde liegen. Dabei wird deutlich, dass die Sicht auf »Zigeuner« im Medium Fotografie von selektiven und reduktionistischen Wahrnehmungen bestimmt ist. Insbesondere dient das »Zigeuner«-Stereotyp als Gegenbild der bürgerlichen Gesellschaft, die sich so ihrer Normen versichert. Die Art, wie wir Bilder rezipieren, und die Bedeutung, die wir ihnen zuschreiben, lassen sich nicht von ihren gesellschaftlichen Verwendungspraktiken und den zugrunde liegenden Wertesystemen sowie Machtstrukturen trennen. Antiziganistische Vorurteilmuster sind bis heute in der medialen Darstellung

von Sinti und Roma untergründig wirksam. Nur über ein kritisches Medienbewusstsein lassen sich tief verwurzelte Vorstellungen über Sinti und Roma und damit verbundene Entwertungen aufbrechen und allmählich verändern.

Frank Reuter, Dr., Historiker, langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (Heidelberg). Arbeitsschwerpunkte: NS-Völkermord an den Sinti und Roma, Geschichte der »Zigeuner«-Bilder, Erinnerungskultur. Kurator von Ausstellungen und zahlreiche Veröffentlichungen, darunter die Monografie: Der Bann des Fremden. Die fotografische Konstruktion des »Zigeuners«. Göttingen 2014 (Wallstein Verlag).

Elisabeth Rohr

Kinder auf der Flucht – die Traumatisierung einer Generation.

Rund 20 Millionen von weltweit 60 Millionen Flüchtlingen sind Kinder: Es sind Kinder, die ihre Eltern auf der Flucht begleiten, Kinder, die alleine flüchten und Kinder, die ihre Eltern auf der Flucht verloren haben. Nicht erfasst sind hierbei Kinder, die von ihren Eltern wegen Flucht und Migration in der Obhut von Müttern, Großeltern oder anderen Verwandten zurückgelassen wurden. Ein Großteil dieser Kinder ist traumatisiert, durch unmittelbare Kriegs- und Verfolgungserfahrungen, durch dramatische Fluchterlebnisse, durch die Trennung und den Verlust

von Eltern und nahen Angehörigen. Am Beispiel von Kindern und Jugendlichen in Lateinamerika, die von ihren ins Ausland migrierten Eltern in der Obhut von Verwandten zurückgelassen wurden, kann exemplarisch aufgezeigt werden, wie Kinder diese unfreiwillige und oftmals jahrelange Trennung von den Eltern erleben und wie konfliktreich sich die familiäre Wiedervereinigung gestaltet. Anliegen des Vortrags ist es, Ergebnisse aus dieser Forschung zu nutzen, um die potentiell traumatisierenden Erfahrungen von alleine geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Deutschland aus einer psychosozialen Perspektive zu verstehen und für pädagogische und psychische Betreuungsansätze nutzbar zu machen.

Elisabeth Rohr, Prof. Dr., ehemals Professorin für interkulturelle Erziehung an der Philipps-Universität Marburg. Seit vielen Jahren engagiert als Gruppenanalytikerin, Supervisorin, Trainerin und Consultant in nationalen und internationalen Arbeitsfeldern, in den letzten Jahren vor allem in Friedens- und Versöhnungsprojekten in Guatemala, aber auch in Palästina. Forschungsschwerpunkte: Weibliche Migration, religiöser Fundamentalismus, Körpermodifikationen und zurückgelassene Kinder von Migranten in Lateinamerika. Sie war Chair des 19. Internationalen Kongresses der International Association of Group Analysis and Group Processes (IAGP) in 2015 in Rovinj/Kroatien und ist zurzeit Consultant of the Scientific Committee der Group Analytic Society International für das Symposium in 2017 in Berlin: Crossing Borders.

Milena Schmitz und Annett Schulze

Irreguläre Migration in der deutschen Berichterstattung.

»Flüchtlingsstrom nach Europa erreicht 100.000-Marke« (SZ). »Deutschland ächzt unter der hohen Zahl der Flüchtlinge« (Die Welt). Vermeintlich harmlose Überschriften, die nachklingen: Hier sei kein Platz mehr. Trotzdem komme ein riesiger Strom, eine Masse auf »uns« zu. Flüchtlinge werden als Bedrohung konstruiert. Wörter wie »Strom« ermöglichen es, Naturkatastrophen zu assoziieren. Das massenhafte Sterben im Mittelmeer und auf den Wegen in Staaten wie Großbritannien oder Deutschland ist kein neues Thema. Es scheint jedoch, dass die Sensibilität der Medien wächst: Beobachten lässt sich, dass einerseits immer mehr Medien die europäische Antiflüchtlingspolitik kritisieren. Andererseits wird die Perspektive traumatisierter Geflüchteter, zumindest in Ausschnitten, wahrnehmbar. Diskriminierende Worte allerdings bleiben Teil der journalistischen Berichterstattung – auch in Qualitätsmedien. So greifen Medien gesellschaftliche und politische Wirklichkeiten auf und schaffen gleichzeitig Realität. Wie Medienschaffende über Geflüchtete schreiben, was sie senden etc., ist für Prozesse der öffentlichen Meinungsbildung außerordentlich wichtig. Das soll der folgende Beitrag zeigen: Auf Grundlage der Bachelorarbeit von Milena Schmitz und den Arbeiten von Annett Schulze wird dargestellt, wie sich die Berichterstattung zur irregulären Einwanderung über das Mittelmeer in deutschen Wochenzeitungen in den letzten vier Jahren verändert hat. An

ausgewählten Fallbeispielen werden wir verdeutlichen, welche öffentlichen Diskurse die Journalist_innen aufgegriffen haben, welche Loopings analysierbar werden, welche Akteur_innen zu Wort kamen, welche Perspektiven eingenommen wurden und wer verstummte. Wir gehen in dem Vortrag auch der Frage nach, welche Blicke die ausgewählten Wochenzeitungen auf die sozialpsychologischen und ökonomischen Voraussetzungen für die Antiflüchtlingspolitik der EU einnahmen. Im Kontext der Diskussion um Qualitätsjournalismus wollen wir diese Blicke problematisieren. Neben der Kritik wollen wir uns aber auch den Beispielen widmen, die neue Stimmen hörbar machten. Damit stellen wir Aspekte von Qualitätsjournalismus zur Diskussion, die publizistisch herausfordern, den Aufgaben von Medien in Demokratien unserer Ansicht allerdings erst gerecht werden.

Annett Schulze, Prof. Dr., studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Nordamerikastudien an der Freien Universität Berlin. An der Humboldt-Universität zu Berlin promovierte sie im Fach Kulturwissenschaft und war assoziiertes Mitglied im Graduiertenkolleg Geschlecht als Wissenskategorie. Sie lehrte u. a. an der Humboldt-Universität zu Berlin in der Europäischen Ethnologie zu Erinnerungskulturen. Derzeit hat sie eine Professur an der DEKRA Hochschule für Medien im Fach Journalismus. Aktuell setzt sie sich mit zwei gesellschaftspolitisch relevanten Themen auseinander: Einerseits nimmt sie Digitalisierungsprozesse in der Lohnarbeit in den Blick. Andererseits fokussiert sie publizistische Herausforderungen im Wandel der Medien.

Milena Schmitz ist Journalismusstudentin an der DEKRA Hochschule für Medien. Derzeit schreibt sie ihre Bachelorarbeit zum Thema Rassismus und Diskriminierung in den Medien mit dem Schwerpunkt auf der irregulären Einwanderung über das Mittelmeer.

Christoph Seidler

»Vom Asylk: Das Asylrecht in Deutschland für Menschen auf der Welt in Bedrängnis.

In den letzten fünfundzwanzig Jahren - seit der Wende - wurde ich selbst mit vielen Kulturen konfrontiert und mein Leben unvermittelt von ihnen erfasst. Dazu gehörten auch die psychotherapeutischen und psychoanalytischen Landschaften und Kulturen, die ostdeutsch/westdeutschen Erfahrungen sowie Erfahrungen mit Diktatur und Demokratie. Immer wieder tauchte die Frage auf: Was ist gerade wichtiger? Unterstütze ich den ausländischen Patienten jetzt eher in seiner Kultur oder gerade bei den Prozessen zur Anpassung? Unstrittig veränderte aber auch ich mich bei der Begegnung mit den fremden Kulturen.

Christoph Seidler, Priv.-Doz. Dr. sc. med., ist Nervenarzt und Psychoanalytiker in eigener Praxis. Lehranalytiker (DGPT) und Gruppenlehranalytiker (D3G); Interessenschwerpunkte: Gruppenanalyse, Psychoanalyse und Gesellschaft, transkulturelle Psychoanalyse. Letzte Publikationen u.a. »Gruppenanalyse im Dialog«, psychosozial 103 (2006), Mit Herausgeber von Traumatisierungen in

(Ost-)Deutschland (Gießen 2009), Väter in Not (2013), Psyche, Paradoxe Freiheit und Selbstausschöpfung, psychosozial 131 (2013), Psychoanalyse & Gesellschaft (2015) bodoni/Berlin.

Julia Stegmann

Rechte Gewalt im deutschen Kino.

Nach der deutschen Vereinigung stieg die Zahl rechts motivierter Gewalttaten massiv an. Sie äußerte sich in rassistischen Pogromen, Brandanschlägen auf die Wohnhäuser von Migrant*innen und POC (People of Color) sowie in Angriffen auf Einzelpersonen, die rechten Feindbildern entsprachen: Mindestens 180 Menschen wurden seitdem von Rechten getötet. (Es ist jedoch von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, da es zivilgesellschaftlichen Initiativen wie beispielsweise der Opferperspektive e.V. oder der Amadeu-Antonio Stiftung nicht immer gelingt, alle Fälle zu registrieren und zu dokumentieren.)

Über die meisten dieser Gewalttaten war in der überregionalen deutschen Presse nur wenig zu erfahren. Lediglich die Pogrome von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) sowie die rassistischen Brandanschläge von Mölln (1992) und Solingen sorgten in den deutschen wie in den internationalen Medien für Schlagzeilen. In dieser Zeit setzte auch die filmische Auseinandersetzung mit diesem Thema ein. Es entstand eine Reihe von staatlich geförderten Spiel- und Dokumentarfilmen, die sich jedoch in erster Linie mit den TäterInnen befassten. Beachtet vom überregionalen Feuilleton und teilweise

in der politischen Bildungsarbeit eingesetzt, prägten sie den Diskurs über Rassismus und rechte Gewalt mit. Parallel dazu, oft ohne jegliche Filmförderung, setzten sich selbst von Rassismus Betroffene und ihre Verbündeten mit der Pogromzeit der 1990er Jahren auseinander.

Anhand von Filmen, die seit den 1990er Jahren entstanden, untersuche ich, wie rechte Gewalt im deutschen Kino verhandelt wird. Die untersuchten Filme entstanden im Zeitraum 1990-2012. Welche Deutungsmuster lassen sich in ihnen aufzeigen und welche Handlungsperspektiven ergeben sich daraus? Aus wessen Perspektive wird erzählt? Wo ergeben sich Leerstellen?

Julia Stegmann studierte deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft in Zürich, promoviert z.Z. bei Prof. Dr. Sven Kramer (Lüneburg) und Ursula v. Keitz (zum oben genannten Thema) und arbeitet als Bildungsreferentin zu den Themenbereichen rechte Gewalt und Rassismus, kritisches Weißsein und Film für die Opferperspektive e.V. in Potsdam.

Jürgen Voges

Vom Vereinigungsnationalismus bis zum Ringen um Willkommenskultur.

Nach dem Zusammenschluss von alter Bundesrepublik und DDR erreichten Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland bald einen bestürzenden Höhepunkt. Allein in den Jahren 1992 und 1993 verloren über 20 Migranten durch rechte Mord- oder Gewalttaten

ihr Leben. Aus dem Katzenjammer, der dem Vereinigungsnationalismus, dem »Wir sind ein Volk«, folgte, erwuchs während der radikalen kapitalistischen Transformation der neuen Bundesländer in einem Teil der ostdeutschen Bevölkerung Hass auf Nicht-Deutsche. Dieser Teil der Neu-Bundesdeutschen sah in den Geflohenen, die sich seinerzeit vor allem vor den Jugoslawienkriegen in Sicherheit brachten, keine Leidensgenossen mit gemeinsamer Ostblock-Geschichte, sondern bekämpfte sie als Konkurrenten um begrenzt gedachte Leistungen des deutschen Staates. Benutzt und geschürt wurde die Pogromstimmung von westdeutschen Neonazis, die zahlreich in die neuen Länder umzogen, um aus der westdeutschen Randexistenz zu entkommen. Die westdeutschen Kader trugen maßgeblich zum Entstehen einer breiten rechtsextremen Jugendkultur im Osten bei. Den Vereinigungsnationalismus und den Hass auf Migranten nutzte aber auch die CDU zum Machterhalt. Als im Zuge der Vereinigungskrise im Osten zwei Drittel der Beschäftigten ihren Arbeitsplatz verlor, sicherte sich die Union ihre Macht durch eine Kampagne gegen Flüchtlinge oder Asylanten, wie man die Geflüchteten seinerzeit noch ohne Scham bezeichnete. Die CDU-Führung forderte alle Untergliederungen der Partei auf, den Zuzug von Geflohenen auf allen politischen Ebenen in hetzerischer Manier zum Thema zu machen. Das Ergebnis der Asylkampagne war jener Asylkompromiss, mit dem Union und SPD das alte Grundrecht auf Asyl im Grundgesetzartikel 16 durch den neuen Artikel 16a ersetzen, der durch sichere Herkunftsländer und durch einen Kordon sicherer Drittstaaten um die

Bundesrepublik das Recht auf Zuflucht in Deutschland weitgehend abschaffte. Mit der Normierung der sicheren Drittstaaten wurde damals auch der Grundstein für das Dublin-System, für die Festung Europa gelegt, die Flüchtlinge schon an den Außengrenzen zurückwies oder gewaltsam an der Einreise hinderte. Der Zusammenbruch des Dublin-Systems vor gut einem Jahr führte in Deutschland zum Wiedererstarken des zuvor mühsam zurückgedrängten Rassismus. Erneut treiben rechte Parteien, wie CSU und AFD, ihre politischen Gegner vor sich her und drängen auf Abschottung Deutschlands gegen Geflüchtete. Im Osten Deutschlands ist eine außerparlamentarische Bewegung entstanden, die allwöchentlich gegen Geflüchtete und Lügenpresse hetzt und Deutschland am liebsten mit einem Eisernen Vorhang samt Schießbefehl versehen würde.

Jürgen Voges lebt und arbeitet als Freier Journalist in Berlin und publiziert in Tages- und Wochenzeitungen zu politischen und wirtschaftlichen Themen. Während seiner über 30-jährigen Berufstätigkeit als Journalist arbeitete er unter anderen in Berlin und Hannover 15 Jahre lang für die Nachrichtenagenturen dapd und AP als Wirtschaftsredakteur und landespolitischer Korrespondent. Zuvor war er ab 1982 in Hannover als Niedersachsen-Korrespondent der Tageszeitung »taz« tätig. An der Universität Hannover hat er Politische Wissenschaften und Geschichte studiert. Er ist Mitglied des Vorstands der NGfP.

Migration und Diskriminierung. Zur politischen Funktion sprachlicher Diskriminierung.

Zur Benennung sozialer Kategorien wie z. B. derjenigen der ‚MigrantInnen‘ existiert eine große Vielfalt an sprachlichen Bezeichnungen, dennoch finden sich im Mediendiskurs nur einige wenige, die immerwährend wiederholt werden. Dabei fällt auf, dass diese nicht immer neutral sind und dass damit oft negative Ereignisse verknüpft werden. Dies rückt manche Berichterstattung in die Nähe impliziter sprachlicher Diskriminierungen. Weil wesentliche Teile einer impliziten Diskriminierung nicht explizit sind, können diese oft nur schwer identifiziert und nicht eingeklagt werden. Im Vortrag soll gezeigt werden, wie sprachliche Diskriminierungen erkannt und bestimmt werden können. An einigen exemplarischen Beispielen soll auch die politische Funktion diskriminierender Berichterstattung erläutert werden.

Franc Wagner, Dr. phil., wurde an der Universität Heidelberg in Germanistischer Linguistik und Philosophie promoviert und forschte dort in einem Sonderforschungsbereich am Psychologischen Institut zum Thema sprachliche Diskriminierung. Nach leitender Tätigkeit in mehreren medienlinguistischen und kulturwissenschaftlichen Forschungsprojekten leitet er zurzeit das interdisziplinäre Graduiertenkolleg »Text und Normativität – TeNOR« an der Universität Luzern.

Migration gegen den Staat. »Sanctuary Cities«, »Sans Papiers«, »Kein Mensch ist illegal/ No One is illegal« und »No Borders!« als transnationale Bewegungen.

Der Widerstand gegen staatliche Reglementierung hat lange vor der aktuellen europäischen Flüchtlingskrise begonnen. Schon vor mehr als 30 Jahren haben sich im Konflikt zwischen den USA und Lateinamerika Bewegungen gegen die Politik der Ausgrenzung und Illegalisierung von MigrantInnen formiert. Bemerkenswert ist dabei die Vermischung von Motiven und Zielen, die von politischen über religiöse und humanitäre bis zu anarchistischen reichen. Schon in den 70er Jahren regt sich der Widerstand gegen die Politik der US-Regierungen, die in Lateinamerika einen kaum verdeckten Krieg gegen linke Regierungen und Gruppen führen und gleichzeitig die aus diesem Krieg in die USA Flüchtenden zu »Wirtschaftsflüchtlingen« erklären. Aus diesem Widerstand entsteht unter dem Schlachtruf »Sanctuary« (deutsch etwa: Kirchenasyl oder Zuflucht) eine rasch wachsende Bewegung, die Mitte der 80er Jahre zur erklärten Lokal-Politik in rund 500 sogenannten »Sanctuary Cities« wird, so in Großstädten wie New York, San Francisco und Houston. Diese »Sanctuary Cities« stellen, im offenen Widerspruch gegen geltende Gesetze und gegen die Flüchtlingspolitik von Bundesregierung und Deportationsbehörden, quasi rechtsfreie Räume für MigrantInnen her, in denen die Überprüfung des Einwanderungsstatus und die

Abschiebung untersagt war. Die Geschichte dieser Bewegung war lange so geschrieben worden, als sei sie rein humanitär und letztlich religiös motiviert gewesen. Neuere Feld-Forschungen widersprechen dieser Darstellung entschieden. Tatsächlich war die ‚Sanctuary‘-Bewegung von Anfang an eine politische und »transnationale«, das heißt in ihr mischten und verbanden sich auf bemerkenswerte Weise die Initiativen linker lateinamerikanischer Befreiungsbewegungen mit denen eher konservativ gesinnter Gemeinden, mit erheblichen Rückwirkungen auf die Herkunfts- wie auf die Zielländer der Migranten. Der erste Anstoß ging von dem 1975 in San Francisco gegründeten Comité de Salvadoreños Progresistas aus (Perla & Coutin 2009, S.10), aber die darauf folgende Orchestrierung der entstehenden Kampagne für ein breiteres, überwiegend bürgerlich und weniger revolutionär gestimmtes Publikum war ein langer, nur durch politische Kompromisse und Bündnisse möglich werdender Weg, vergleichbar mit der Bündnispolitik, die Gramsci für den italienischen Süden in's Auge gefaßt hatte. Die nun entstehende Bewegung konnte zwar teilweise an Haltungen aus der Bürgerrechts- und die Anti-Vietnam-Kriegs-Bewegung anknüpfen; sie hat allerdings in der Darstellung ihrer Motive und Ziele immer wieder auf die Grenzen Rücksicht genommen, die Mainstream und Medien ihr setzten. Das ist in den eher säkularen und anarchistischen Bewegungen, die seit den 90er Jahren entstanden sind – etwa um die ‚Sans Papiers‘ in Frankreich oder um die 1997 auf der documenta X gegründete Initiative »Kein Mensch ist illegal«, in den später in den USA und

Kanada aktiven Initiativen »No One Is Illegal« und »NoBorders!« – bisher noch anders. Sie haben bisher keine mit den »Sanctuary Cities« vergleichbare Breitenwirkung entfaltet, aber das könnte sich ändern.

Timo K. Werkhofer, Dr. phil., Studium der Psychologie in Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Ontogenese von Sozialität, Sprach- und Umgangsformen im Kulturvergleich; Sozial-, Kultur- und Ideengeschichte der Psychologie; Psychologie in ihrer Rolle als private Sozialphilosophie und Ersatzreligion.

Franz Witsch

Erzeugt der Kapitalismus das Flüchtlingsproblem?

Auch wenn es Beispiele erfolgreicher Bewältigung sozialer Konflikte gibt - insgesamt betrachtet werden sie sich verschärfen. Wie schon Marx vermutete, sind wachsende soziale Konflikte, welcher Art auch immer, Ausdruck des umfassenden Antagonismus' von Kapital und Arbeit, eine Vermutung, die sich heute mit wachsenden Flüchtlingsströmen förmlich aufdrängt. Dennoch - so berechtigt es sein kann, zu sagen, der Kapitalismus erzeuge in letzter Instanz das Flüchtlingsdrama, namentlich die mit ihm verbundenen gesellschaftlichen Konflikte - bis hin zur vollständigen Auflösung sozialer und ökonomischer Strukturen, so berechtigt wie notwendig ist es, darüber zu sprechen, was den Einzelnen im Hinblick auf die Bewältigung des Flüchtlingsproblems mental, also aus psychoanalyti-

scher Sicht zunehmend überfordert bis hin zur Un-Umkehrbarkeit, jedenfalls solange eine Kapitalismuskritik, die ihren Namen verdient, auf sich warten lässt.

Franz Witsch lebt in Hamburg und ist Lehrer für Politik, Geografie und Philosophie. Zwischen 1984 und 2003 arbeitete er in allen Bereichen der freien Wirtschaft als Informatiker und Unternehmensberater. Heute schreibt er sozialphilosophische Bücher und betreibt die Internetseite www.film-und-politik.de. Veröffentlichungen: »Die Politisierung des Bürgers« (4 Bände, 2009-2015); »Materialien zur Politisierung des Bürgers« (2 Bände, 2015).

Raina Zimmering

Lateinamerikanische Migration: Ursachen und Auswirkungen.

Migration von Lateinamerikanern in die USA ist schon seit langem ein Thema internationaler Menschenrechtsorganisationen. Die jetzige Flüchtlingswelle nach Europa aus Afrika, Kleinasien und dem Süd- und Ostbalkan soll den jahrzehntelangen Erfahrungen mit den Migrationsströmen in Lateinamerika, überwiegend in die USA, gegenüber gestellt werden. Dabei sollen die Ursachen für Migration und Flucht und die Auswirkungen der Migration auf die Betroffenen, die permanente Verletzung von Menschenrechten, die Schaffung neuer Räume für den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen und die Militarisierung in Lateinamerika und den USA im Mittelpunkt der Analyse stehen. Seit Jahrzehnten gibt es die Tendenz,

dass Lateinamerikaner, trotz einer zunehmenden Sicherung der Grenzen, in die USA und restriktiver Migrationsprogramme auswandern oder durch Lateinamerika ziehen. Laut einer Studie der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik von 2014 migrierten aus Lateinamerika und der Karibik ca. 28,5 Mio Menschen ins Ausland, 80 Prozent davon in die USA. Die Ursachen liegen in allererster Linie in der Armut breiter Bevölkerungsschichten, enormer Umweltzerstörungen durch neoliberale Politiken, dem ausufernden Extraktivismus der Naturressourcen und der Existenzbedrohung durch das organisierte Verbrechen und die Militarisierung der Gesellschaften. In vielen lateinamerikanischen Gebieten und Ländern kann man nicht mehr zwischen Politikern, Drogenmafia, Wirtschaftseliten, Militär und Paramilitärs unterscheiden, sie sind zu einem System zusammen gewachsen. Migration und Flucht sind oft die einzige Überlebenschance der Betroffenen. Die Auswirkungen der Migration zeigen sich in erster Linie in der massiven Verletzung der Menschenrechte gegen die Migranten, die zu rechtlosem Freiwild für Militär, Drogenmafia und das organisierte Verbrechen werden. Die Kontrolle und Eindämmung der Migrationsströme ist eines der Hauptargumente der USA, um die lateinamerikanischen Staaten in die »Strategie der Kontinentalen Sicherheit«, in denen die lateinamerikanischen Sicherheitskräfte – Militär, Geheimdienste und Polizei – Teil einer kontinentalen Streitmacht unter dem Oberbefehl der USA sein sollen, einzubinden. Somit werden die lateinamerikanischen Migranten instrumentalisiert, um die immer schwächer

werdende Vorherrschaft der USA in Lateinamerika neu zu beleben und militärisch abzusichern.

Es gibt aber auch ein anderes gegenläufiges Phänomen von Migration in und aus Lateinamerika. Die vielen Migranten, denen die Flucht in die USA gelungen ist und auch die, die aus bestimmten lateinamerikanischen Ländern in andere emigrieren, bilden oft eigene Gruppen und Netzwerke mit einer transnationalen heterogenen Kultur und neuen Werten, die sich innerhalb einer feindlichen Umgebung und einem illegalen Migrantenstatus herausbilden.

Migranten bilden Brücken zwischen ihren Aufenthalts- und Heimatorten. Auch die Zapatisten in Mexiko setzten sich zu Beginn ihrer Gründung überwiegend aus verschiedenen Vertriebenengruppen indigener Völker zusammen, die aufgrund ihrer Verletzbarkeit zum toleranten Zusammenleben gezwungen waren und eine ganz neue Widerstands- und schließlich Gesellschaftskonzeption entwickelten, die indigene Elemente mit neuen Formen des sozialen Zusammenlebens verbanden. Außerdem verändern die Migranten oft auch die Aufnahmegesellschaften in den Zielländern, was in ganz unterschiedliche Richtungen gehen kann. Das Phänomen der Multiple Citizenship ist dabei ein wichtiges Element.

Auch wenn die Immigrations- und Fluchtbewegung in Europa anders als die inneramerikanische verläuft, so können doch Phänomene der amerikanischen Migration verallgemeinert werden und aufzeigen, welchen Gefahren, aber auch Chancen von Migration ausgehen und welche Schlussfolgerungen für Europa gezogen werden können.

Raina Zimmering, Prof. Dr., studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Ethnographie an der Humboldt-Universität zu Berlin, promovierte in Politikwissenschaften zur Außenpolitik Argentiniens und habilitierte sich zum Thema des Zusammenhangs zwischen Demokratisierung und Sicherheitspolitik Argentiniens, Brasiliens und Uruguays. Sie lehrte und forschte an der Humboldt-Universität Berlin, der Freien Universität Berlin, der Universität Potsdam, am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), der Universität von Buenos Aires (UBA), an der Harvard-University und der Fletcher School of Diplomacy and Law der Tafts-University in den USA, der Autonomen Nationalen Universität Mexikos (UNAM) und der Nationaluniversität von Kolumbien in Bogotá (UNAL). Zuletzt war sie sechs Jahre Univ. Professorin und Abteilungsleiterin für Politik und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz in Österreich. Sie verfasste eine Reihe wissenschaftlicher Schriften (Bücher, Buch- und Lexikabeiträge, wissenschaftliche Artikel und populärwissenschaftliche Zeitschriftenartikel) und besuchte als Mitglied der Internationalen Zivilen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte (CCIODH) indigene Gebiete und verschiedene Konfliktregionen Mexikos.



- psychologische Praxis wissenschaftlich begleitet und reflektiert und dabei an die geistes-, kultur- und sozial-wissenschaftlichen Traditionen anknüpft und sie erneuert,
- die fächerübergreifende Kooperation mit anderen Disziplinen zu pflegen, und zugleich
- die Identität des Faches trotz grundsätzlich anzustrebender Vielfalt der Diskurse zu entwickeln.

Die Neue Gesellschaft für Psychologie ist ein Zusammenschluss von PsychologInnen und Angehörigen verwandter Berufe, mit dem Ziel, ein diskursives, kritisches und reflexives Wissenschaftsverständnis der Psychologie weiterzuentwickeln, eine problemgerechte und gesellschaftlich verantwortliche Forschung und Praxis zu unterstützen und eine Erneuerung der geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Orientierung der Psychologie zu ermöglichen. Dazu sehen wir es als notwendig an:

- die Hochschulen und den Wissenschaftsbetrieb zu demokratisieren,
- die Gleichstellung der Geschlechter im Wissenschaftsbetrieb voran zu treiben,
- an der Überwindung der Spaltung von Wissenschaft und Praxis mitzuarbeiten,
- eine gegenstandsangemessene Forschung zu fördern, welche die gesellschaftliche (kulturelle) und geschichtliche Bedingtheit des Psychischen realisiert und sich an Alltagsnähe und Praxisbezug orientiert,

Die letzten Kongresse

2008

Können Marginalisierte (wieder) sprechen? Zum politischen Potenzial der Sozialwissenschaften

Kongressband: M. Dege, T. Grallert, C. Dege & N. Chimirri (Hg.) (2010). Können Marginalisierte (Wieder)sprechen? Zum politischen Potenzial der Sozialwissenschaften. Gießen: Psychosozial.

2011

Macht – Kontrolle – Evidenz

Kongressband: K.-J. Bruder, Chr. Bialluch & B. Leuterer (Hg.) (2012). Macht – Kontrolle – Evidenz. Psychologische Praxis und Theorie in den gesellschaftlichen Veränderungen. Gießen: Psychosozial.

2012

Sozialpsychologie des Kapitalismus – heute.

Kongressband: K.-J. Bruder, Chr. Bialluch & B. Lemke (Hg.) (2013). Sozialpsychologie des Kapitalismus – heute. Zur Aktualität Peter Brückners. Gießen: Psychosozial.

2013

Machtwirkung und Glücksversprechen

Kongressband: K.-J. Bruder, Chr. Bialluch & B. Lemke (Hg.) (2014). Machtwirkung und Glücksversprechen. Gewalt und Rationalität in Sozialisation und Bildungsprozessen. Gießen: Psychosozial.

2014

Trommeln für den Krieg

Eine Auswahl der Vorträge ist derzeit auf www.ngfp.de abrufbar.

2015

Krieg um die Köpfe

Kongressband: K.-J. Bruder, Chr. Bialluch & J. Hein (Hg.) (voraussichtlich Februar 2016). Krieg um die Köpfe. Der Diskurs der Verantwortungsübernahme – psychologische, sozialwissenschaftliche und medienkritische Betrachtungen. Gießen: Psychosozial.

Organisatorisches

Tagungsgebühren

Soli-Preis: 200€, Regulärer Preis: 150€, Mitglieder der NGfP: 100€, Personen mit niedrigem Einkommen und PsychotherapieausbildungskandidatInnen: 50€ Studierende und Geflüchtete: 25€ Es ist geplant, dass sich Studierende und Geflüchtete, die die Gebühren nicht erübrigen können, an die Emailadresse MuR2016@gmx.de wenden können. Es wird für eine begrenzte Anzahl Teilnehmer*innen möglich sein, die Kosten zu übernehmen.

Wenn Sie am *geselligen Abend* mit Buffet teilnehmen möchten, bitten wir zusätzlich um einen Beitrag von 25€, ermässigt 10€. Nach dem Buffet gibt es Kabarett von und mit Reiner Kröhnert.

Anmeldung

Anmeldung per Email bitte unter Angabe von Namen, Adresse, Preisgruppe und ob Sie eine Teilnahme am geselligen Abend wünschen an folgende Adresse: orga2016@ngfp.de oder per Post an:
»Migration und Rassismus«
z. Hd. Dr. Christoph Bialluch

Hobrechtstr. 69
12047 Berlin

Bankverbindung:
IBAN: DE62 100 708 480 3682333 00,
BIC-/SWIFT-Code: DEUT DE DB110

(Bestätigung der Anmeldung erfolgt nach Eingang der Überweisung)

Zertifizierung

Die Zertifizierung wird bei der Psychotherapeutenkammer Berlin beantragt.

Büchertisch

Ein Büchertisch wird durch den Buchladen »Schwarze Risse« (Berlin) eingerichtet.

Ort/Unterstützung

Der *Kongress* findet mit Unterstützung und in den Räumen der *Rosa-Luxemburg Stiftung* statt. Die Adresse lautet: Franz-Mehring-Platz 1 in 10243 Berlin. (Nähe Berlin Ostbahnhof)

Internet

www.ngfp.de



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**